

Das Parlament

Berlin, Montag 14. November 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 46/47 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Hellas' letzte Hoffnung

Lucas Papademos Er kennt sich aus mit Finanzen, die EU-Institutionen sind ihm bestens vertraut und er gilt als stilles Arbeitstier.



Keine schlechten Voraussetzungen für das Amt des griechischen Ministerpräsidenten, das der 64-jährige Wirtschaftspräsident seit vergangener Donnerstag innehat. Gleichwohl dürfte sich die Zahl der Amtsneider in engen Grenzen halten. Als Chef einer Übergangsregierung soll der frühere Vizepräsident der Europäischen Zentralbank die Schuldenlast seiner Heimat verringern, tiefgreifende Reformen umsetzen und Neuwahlen vorbereiten. Eine Herkulesaufgabe. Wie lange der parteilose Musikliebhaber an der Macht bleibt, ist ungewiss. Im Regierungsauftrag des Staatspräsidenten ist kein Wahltermin vorgesehen. mpi |

ZAHLE DER WOCHE

200

Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird die griechische Staatsverschuldung nach Schätzung der EU-Kommission 2012 und 2013 erreichen. Bereits heute hat das südosteuropäische Land eine Verschuldung von mehr als 160 Prozent. Der Maastricht-Vertrag erlaubt Euro-Ländern eine Schuldenquote eigentlich nur bis 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

ZITAT DER WOCHE

»Ich finde, wir in Europa sollten vorangehen.«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, warb beim Treffen mit seinen EU-Amts-kollegen am vergangenen Dienstag für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

IN DIESER WOCHE

MENSCHEN & MEINUNGEN

Evangelos Antonaros Der griechische Abgeordnete im Interview Seite 2

INNENPOLITIK

Rechtsextreme Die Unterwanderung von Fußballvereinen alarmiert die Politik Seite 5

EUROPA UND DIE WELT

Afghanistan Bundesregierung will bis 2013 1.000 Soldaten abziehen Seite 7

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Bürokratie Koalition und SPD wollen Unternehmen entlasten Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Banken im Blick

FINANZEN Schärfere Regulierung des Finanzsystems angesagt. Steinbrück protestiert gegen Steuerreform

Die internationale Finanzkrise ist noch lange nicht vorbei, die Staatsschuldenkrise grassiert, und die europäische Währungsunion bekommt immer größere Schwierigkeiten. Um der Probleme Herr zu werden, nimmt die Politik die Banken ins Visier. Das Zeitalter der Deregulierung, der fast unbegrenzten Freiheit für Finanzmarktakteure, scheint vorbei zu sein. Regulierung ist angesagt. „Jede Übertreibung, jeder Exzess, jede Maßlosigkeit schafft sich eine Gegenbewegung“, warnte der frühere Finanzminister Peer Steinbrück, der das „Paradigma der Deregulierung“ für gescheitert hält. „Wie man in dieser Situation, wo wir über eine Verschuldungskrise reden, für sechs Milliarden weitere Steuergeschenke auf Pump verteilen kann, das müssen Sie mir erklären.“ Die Verabschiedung dieser Vorschläge würde zu jährlich 180 Millionen Euro höheren Zinsausgaben führen, während die Vergünstigung für den Bürger in zwei Tassen Kaffee bestehe, kritisierte Steinbrück. Er verlangte eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und Beschränkungen für den Derivatehandel, der ein weltweites Volumen von 600 Billionen Dollar erreicht habe, während die reale Weltwirtschaftsleistung bei 60 Billionen Dollar liege. Auf massiven Widerspruch stieß Steinbrück bei Volker Wissing (FDP): „Man fragt sich ernsthaft, warum ausgerechnet Sie sich hier hinstellen als sozialdemokratischer Finanzminister a.D., der nichts von alledem, was Sie heute fordern, auf den Weg gebracht hat.“ Steinbrück könne „nicht glaubwürdig über Deregulierung reden“. Er habe keine Finanzmarktsteuer eingeführt, und Finanzmarktregulierung habe er eher in die andere Richtung betrieben. Wissing erinnerte an den früheren SPD-Finanzminister Hans Eichel, der 2003 gefordert habe, die Diskriminierung von Hedgefonds gegenüber herkömmlichen Investmentfonds zu beenden. Rot-Grün habe von den „segensreichen Ver-

Vertrauen verloren Viele Menschen hätten das Vertrauen gegenüber Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit der Politik verloren. Dieser Steuerungsanspruch müsse zurückgewonnen werden, um auch wieder Vertrauen zu gewinnen, sagte der SPD-Politiker. Doch „bei dem jetzigen Stand der Finanzmarktregulierung sage ich Ihnen voraus, dass eine Wiederholung der Exzesse überhaupt nicht ausgeschlossen ist“, warnte Steinbrück, der das „Paradigma der Deregulierung“ für gescheitert hält. „Wie man in dieser Situation, wo wir über eine Verschuldungskrise reden, für sechs Milliarden weitere Steuergeschenke auf Pump verteilen kann, das müssen Sie mir erklären.“ Die Verabschiedung dieser Vorschläge würde zu jährlich 180 Millionen Euro höheren Zinsausgaben führen, während die Vergünstigung für den Bürger in zwei Tassen Kaffee bestehe, kritisierte Steinbrück. Er verlangte eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und Beschränkungen für den Derivatehandel, der ein weltweites Volumen von 600 Billionen Dollar erreicht habe, während die reale Weltwirtschaftsleistung bei 60 Billionen Dollar liege. Auf massiven Widerspruch stieß Steinbrück bei Volker Wissing (FDP): „Man fragt sich ernsthaft, warum ausgerechnet Sie sich hier hinstellen als sozialdemokratischer Finanzminister a.D., der nichts von alledem, was Sie heute fordern, auf den Weg gebracht hat.“ Steinbrück könne „nicht glaubwürdig über Deregulierung reden“. Er habe keine Finanzmarktsteuer eingeführt, und Finanzmarktregulierung habe er eher in die andere Richtung betrieben. Wissing erinnerte an den früheren SPD-Finanzminister Hans Eichel, der 2003 gefordert habe, die Diskriminierung von Hedgefonds gegenüber herkömmlichen Investmentfonds zu beenden. Rot-Grün habe von den „segensreichen Ver-



Mit Zwang zu höherem Eigenkapital und schärferen Vorschriften für Ratingagenturen sollen die „Exzesse“ auf den Finanzplätzen Frankfurt und London (rechts) beendet werden.

briefungsmärkten“ geschwärmt. Die SPD habe alles auf den Weg gebracht, „was wir heute wieder rückgängig machen müssen“. Wissing sprach sich grundsätzlich für eine Finanzmarktsteuer aus, aber „nicht zu Lasten des regulierten deutschen Marktes“.

»Dass Steuerzahler Bankrisiken versichern, muss beendet werden.«

Gerhard Schick (Grüne)

Trippelschritte zur Reform

FINANZMÄRKTE Eine weltweite Transaktionssteuer ist beim G20-Gipfel gescheitert. Die Euro-Länder könnten sie allein einführen

Für den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy war sie auf dem letzten G20-Gipfel eine Herzensangelegenheit. Sie sei „technisch machbar, finanziell unerlässlich und moralisch unumgänglich“, sagte er in Cannes. Am Ende scheiterte das Projekt „Finanztransaktionssteuer“ vornehmlich am Einspruch von Großbritannien und der USA, die Rücksicht auf ihre Finanzplätze nehmen wollen. Nun denken die beiden Regierungschefs in Deutschland und Frankreich darüber nach, die Steuer im Alleingang in der Eurozone einzuführen – ohne Rücksicht auf Londoner Einsprüche.

Attac-Gründung Kommt es dazu, hat die Idee, Börsenfinanzgeschäfte mit einer eigenen Steuer zu belegen, eine ziemlich genau 40-jährige Geschichte hinter sich. Denn die Idee einer solchen Steuer geht auf den US-Ökonomen James Tobin zurück. Er brachte 1972 eine Steuer auf alle grenzüberschreitenden Devisenspekulationen ins Spiel und schlug eine Abgabe von einem Prozent vor. Vor allem Globalisierungskritiker fordern seit langem eine solche Spekulationssteuer. Die Tobin-Steuer führte auch zur Gründung des Netzwerks „Attac“, dessen Name nichts

werden. Zuvor hatte der finanzpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Klaus-Peter Flosbach (CDU), die Bedeutung einer nachhaltigen Eigenkapitalausstattung bei Banken betont: „Eigenkapital ist das Wichtigste, um Verluste auszugleichen, und das Wichtigste, um widerstandsfähig zu sein.“ Flosbach forderte, Ratingagenturen schärfer zu kontrollieren. Es sei ein „Skandal“, dass Standard & Poor's durch einen Irrtum das Rating für Frankreich für zwei Stunden gesenkt habe: „Hier ist grob fahrlässig gehandelt worden, und deshalb brauchen wir auch eine Haftung bei grob fahrlässigem Verhalten.“

Richard Pitterle (Linksfraktion) stellte fest, die kritisierten Ratingagenturen hätten durch die Gesetzgebung so viel Macht erhalten. Banken und Versicherungen seien verpflichtet, deren Ratings zu beachten: „Da liegt der Hund begraben.“ Auch in allen internationalen Regulierungsvorschriften

würden Ratings immer unersetzbar. „Alles in allem stehen wir in Deutschland kein bisschen besser da als vor der Finanzkrise“, kritisierte Pitterle. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen stimmte der Bundestag zwei von Union und FDP gemeinsam eingebrachten Anträgen (17/6313, 17/7250, 17/7638) zu, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, sie solle dauerhaft für ein stabileres und widerstandsfähigeres Finanzsystem und für eine europäische Finanzmarktsteuer „zur Entlastung der nationalen Haushalte“ sorgen. Außerdem wird eine Lockerung der festen Verankerung von externen Ratings in Standards und Regulierungsvorschriften gefordert. Ratingagenturen sollen in bestimmten Fällen haften müssen. Abgelehnt wurde ein Antrag der SPD-Fraktion (17/7641), in dem neben einer Steigerung der Eigenkapitalquote von Banken ein Verbot hochspekulativer Finanzmarktprodukte gefordert wird. Auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/7359, 17/7665), eine Kommission zur Regulierung der Großbanken einzusetzen, fand keine Mehrheit. Hans-Jürgen Leersch |



Eine Finanztransaktionssteuer ist das wichtigste Anliegen der „Attac“-Bewegung.

anderes als die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger“ ist. Im Zuge der Bankenkrise flammte die Debatte über eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise wieder auf. Selbst ein Steuersatz von 0,01 bis 0,05 Pro-

zent für alle Finanzprodukte würde nach früheren Berechnungen allein in Deutschland zu Steuereinnahmen zwischen zehn und 20 Milliarden Euro führen. Ziel sind aber nicht die erhofften Einnahmen, sondern eine Reduzierung der massenhaften Spekulationsgeschäfte, die heute an den

Börsen durch den automatisierten Hochfrequenzhandel verursacht werden. Sie generieren oftmals nur kleine bis kleinste Gewinne, die durch eine solche Spekulationssteuer abgeschöpft werden könnten. Übrig blieben, so die Hoffnung, am Ende nur die Transaktionen, die einen wirklichen Mehrwert für die Wirtschaft liefern. Das Auseinanderklaffen zwischen anonymen Finanzmärkten und der Realwirtschaft könnte so eingedämmt werden. Angesichts globalisierter Finanzmärkte ist eine Finanztransaktionssteuer nur dann wirklich sinnvoll, wenn sie weltweit eingeführt würde. Das aber ist ein langer Weg. Und so plädieren heute immer mehr Wirtschaftsexperten wie zum Beispiel Gerd Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung dafür, damit in der Eurozone anzufangen. Sollten die Banken ihren Handel daraufhin beispielsweise nach London verlagern, könnte die Politik dafür sorgen, dass die Besteuerung dort anfällt, wo die jeweilige Bank ihren Hauptsitz hat. Also etwa in Frankfurt. Christoph Birnbaum |

Mehr zur Schuldenkrise und zu Reformen in Europa auf den Seiten 2 und 3

EDITORIAL Die Nation ist Europa

VON JÖRG BIALLAS

Die Politik, das sei an dieser Stelle auch einmal betont, hat's mitunter nicht leicht. Zum Beispiel in den vergangenen Wochen. Da drehte sich alles um Europa und den Euro. Und wenn sich etwas nicht darum drehte, wurde es so lange hin und her gewendet, bis es sich dann doch wieder um Europa und den Euro drehte. Wie zum Beispiel die von der Regierung geplante Steuerreform. Unstrittig ist, dass viele einen größeren Wurf der Koalitionsrunde erhofft hatten. Und ebenso gewiss könnten die Bundesländer sinkende Einnahmen nur schwer verkraften. Bis hierher ist das Thema reine Innenpolitik. Mit der Europäischen Union, mit der Gemeinschaftswährung hat das zunächst überhaupt nichts zu tun. Wenn es da nicht noch einen dritten Punkt gäbe, der ebenso außer Frage steht wie die vorherigen. Denn absehbar ist außerdem, dass eine Steuerreform die Neuverschuldung nach oben treiben würde. Und spätestens da kommt der Euro wieder ins Spiel: Ist es denn in Ordnung, wenn Deutschland bei klammen Nachbarn die Entscheidung annimmt, es selbst damit aber nicht so genau nimmt? Wenn Wasser aus der Zisterne gepredigt, aber Wein aus der Amphore getrunken wird? Richtig ist, dass das enge Geflecht der globalen Finanzmärkte nervös auf die Fiskalpolitik einzelner Staaten reagiert. Insofern hat nationale Politik in diesem Bereich auch immer direkte Auswirkungen auf die Märkte jenseits der eigenen Grenzen. Auch können Signalwirkungen wie eine Steuer-senkung in schwierigen Zeiten durchaus Effekte zeitigen, die international nicht beabsichtigt sind. Und besonders: Mindereinnahmen müssen wegen der mindestens drohenden Belastung des Bundeshaushalts durch den Euro-Rettungsschirm besonders sorgfältig abgewogen werden. Nationale Politik ist in immer größerem Ausmaß auch europäische Politik. Das ist in der Gemeinschaft der Staaten so gewollt, weil es die Zukunft des Kontinents sichern hilft. In Deutschland und anderswo, in guten wie in nicht ganz so guten Zeiten wie diesen gilt zunehmend: Tatsächlich dreht sich alles um Europa und damit um den Euro. Das ist gut so und kein Grund zur Sorge. Wohl aber ein Plädoyer für eine Politik in den Mitgliedsländern der EU, die grundsätzlich über den eigenen Tellerrand hinausblickt.

GASTKOMMENTARE

EUROPÄISCHE VERTRÄGE ÄNDERN?

Falsche Konstruktion

PRO



Robert von Heusinger DuMont
Redaktionsgemeinschaft

Betrachtet man die Eurozone als Gesamtheit, wird rasch klar, dass es das Staatsschuldenproblem, dem die Medien die Hauptschuld an der Eurokrise geben, gar nicht gibt. Zahlen gefällig? Vergleichen wir Euro-land mit den zwei alten Weltwirtschaftsmächten USA und England. Bei der Schuldenquote gemessen am BIP steht es 2011 wie folgt: USA 98 Prozent, Euroland 83 und England 82 Prozent. Bei der Neuverschuldung, und die sollte für die Investoren wichtiger sein, schneidet Euroland noch besser ab. Hier stehen die 17 Euro-Staaten doppelt so gut da wie die USA oder England: 9,8 Prozent (USA) und 9,1 (UK) gegenüber 4,2 Prozent für Euroland, nimmt man die Daten, die die Berenberg Bank ermittelt hat. Woher kommt also die Aufregung? Der Euro ist in seiner jetzigen Konstruktion für jedes Land eine Fremdwährung. Kein Land kann ihn drucken und die Europäische Zentralbank (EZB) verweigert sich unbegrenzten Staatsanleihekäufen hartnäckig. Deshalb mutieren stolze Staaten wie Italien, die in der kapitalistischen Hierarchie ganz weit oben stehen, zu Entwicklungsländern. Deshalb zerstören die Finanzmärkte unseren Wohlstand. Was tun? Der Euro braucht ein Parlament, braucht die Vereinigten Staaten von Europa. Jeder, dem es tatsächlich um Frieden und Wohlstand in Deutschland geht, darf jetzt nicht chauvinistischen Gefühlen folgen. Im Gegenteil: Er muss die Verfassung ändern, genauso wie die Europäischen Verträge. Dann könnte die EZB agieren wie die US-Notenbank oder die Bank of England, die seit Ausbruch der Finanzkrise Ende 2008 Staatsanleihen im Umfang von 18 (USA) oder 16 (UK) Prozent gekauft haben. Die Differenz zur EZB (2,4 Prozent) in Euro: rund 1.500 Milliarden. Euroland braucht weder Rettungsschirm noch Hebel. Euroland braucht eine Regierung.

Spielregeln gebrochen

CONTRA



Claas Tatje
Freier Journalist

Es ist schon erstaunlich, wer dieser Tage eine neue Verfassung für Europa fordert. Josef Ackermann gehört zu den prominentesten Stimmen. Ausgerechnet. Der Chef der Deutschen Bank spürt jeden Tag, wie die Unruhe in Europas Süden Banken, Staaten und am Ende uns alle verunsichert. Und dann noch 27 Abstimmungen über geänderte EU-Verträge? Einhergehend mit einer monatelangen Lähmung der politischen Gremien in der Europäischen Union? Nein danke! Um es klar zu sagen: Der Vertrag von Lissabon wurde in den vergangenen Monaten arg strapaziert. Gänzlich ausgehöhlt wurden die Rechte der nationalen Parlamente aber nicht. Davor schützt schon das Bundesverfassungsgericht, das jüngst ein Schattengremium zum Euro-Rettungsfonds im Bundestag vorerst untersagte. Nicht die Mängel des Lissabon-Vertrages sind Schuld an der Staatsschuldenkrise. Es waren die Mitgliedsstaaten selbst, die geltende Spielregeln systematisch gebrochen haben. Davor schützt kein neuer Vertrag und keine damit einhergehende Abstimmung. Davor schützt nur politische Vernunft. Was also stattdessen tun? Der Bundestag und die Parlamente der anderen EU-Staaten sollten in der EU-Kommission keinen Gegner sehen, den es – wann immer möglich – zu entmachten gilt, sondern einen Partner auf Augenhöhe. Nur gemeinsam werden Brüssel, Paris, Berlin und die übrigen Hauptstädte ihre Schulden in den Griff bekommen. Jedes Mitgliedsland muss schnellstmöglich die Schulden senken, auch wenn es weh tut. Für Deutschland heißt das konkret: Die Staatsverschuldung muss um mehr als 20 Prozentpunkte gesenkt werden. Steuerersenkungen sind derzeit nicht drin. So bindend können die geltenden EU-Verträge sein. Wenn man sie denn ernst nimmt.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3 und 7
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Was will eine Große Koalition jetzt anders machen als Papandreou's Kabinett? An den Sparauflagen aus Brüssel ändert sich doch nichts.

Wir von der Nea Dimokratia haben von Anfang an klipp und klar gesagt, dass wir die Zielsetzung der Reformen unterstützen. Defizit und Schulden müssen abgebaut werden. Daher haben wir im Parlament mehr als die Hälfte der eingebrachten Gesetzentwürfen mitgetragen. Nur: Wir haben ebenfalls eindeutig gesagt, dass die Mischung der – übrigens wenn überhaupt halbherzig umgesetzten – Maßnahmen die Ziele verfehlt. Das ist auch der Fall gewesen.

Die Regierung hat Gehälter und Renten gekürzt, Steuern drastisch erhöht. Welchen Spielraum gibt es überhaupt noch für weiteres Sparen?

Bisher wurde am falschen Ende gekürzt und gespart. In den letzten zwei Jahren wurden immer wieder die Durchschnittsverdiener und die Rentner zur Kasse gebeten – mit fragwürdigen Ergebnissen, was die Verbesserung der Steuereinnahmen betrifft. Die Leute haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht. Durch die Minderung der Kaufkraft wurde die Rezession immer schlimmer, so dass die Erwartungen auf Zusatzeinnahmen aus der Mehrwertsteuer unerfüllt geblieben sind. Auf der anderen Seite wurde bei den mit großem Trommelschlag angekündigten Privatisierungen so gut wie nichts unternommen. Hatte die Regierung Papandreou im Mai vergangenen Jahres die Privatisierung von Staatsfirmen in der Höhe von fünf Milliarden Euro bis zum Jahresende in Aussicht gestellt, so ist bisher keine einzige Firma verkauft worden. Da gibt es großen Nachholbedarf.

Die großen Parteien haben sich auf Neuwahlen Anfang 2012 geeinigt: Das hört sich eher nach Wahlkampf im Kabinett an als nach einem großen Wurf.

Als Papandreou völlig unerwartet und ohne Rücksprache mit unseren europäischen Partnern ein Referendum ankündigte, stand Griechenland über Nacht am Abgrund. Die für uns strategisch wichtige Europa-Bindung des Landes stand aus parteitaktischen Überlegungen der regierenden PASOK zur Diskussion. Daher hat unser Parteichef Antonis Samaras sofort die Bildung einer Übergangsregierung vorgeschlagen. Das neue Kabinett hat eine doppelte Aufgabe: Einmal soll es die Unsicherheit der griechischen Bürger mit Blick auf Europa und unseren Verbleib in der Eurozone beenden. Zum anderen soll es unseren Partnern in der Union signalisieren, dass wir auf Kurs bleiben, indem wir die Beschlüsse des EU-Gipfels vom 26. Oktober umsetzen. Dass am Ende dieses Prozesses, der relativ kurz sein muss, ein Urmengang stehen muss, versteht sich von selbst. Sonst werden die auf gebeutelten Bürger, die mit der aktuellen Zusammensetzung unseres Parlaments eindeutig nicht einverstanden sind, noch misstrauischer werden als sie es zur Zeit schon sind.

Abgeordnete wurden mehrfach auf offener Straße angegriffen. Wie wollen Sie den tiefen Graben zwischen Bürgern und politischer Klasse überbrücken?

Obwohl die Bürger sehr differenziert denken und handeln, hat sie der tägliche Kampf um ihren Alltag zornig gemacht. Ihre Lebensplanung ist über den Haufen geworfen worden, sie wissen einfach nicht, wie es weitergehen soll. Daher gibt es häufig Überreaktionen. Gerade aus diesem Grund geht es darum, durch vernünftiges Handeln, bescheidenes Auftreten, viel Überzeugungsarbeit und mit einer glaubwürdigen Zukunftsperspektive den Graben zu überbrücken.

Ökonomen schätzen, dass dem Staat jährlich zweistellige Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung entgehen. Wie wollen Sie die Bürger zur mehr Steuerer-

»Über Nacht am Abgrund«

EVANGELOS ANTONAROS Ein Griechenland ohne Euro würde auch Europa zurückwerfen, meint der Abgeordnete der Nea Dimokratia



Der Handlungsspielraum ist sehr groß. Es geht vor allem darum, das noch nicht voll genutzte Potenzial Griechenlands voll anzuzapfen, Wirtschaftsbereiche zu erschließen, die noch unterentwickelt sind, den Sprung von der tiefen Rezession ins Wachstum zu schaffen. Es wird darauf ankommen, wie phantasiereich und innovativ die künftigen Regierungen agieren. Ohne ein radikales Umdenken und ein Aufbrechen der alles bremsenden Bürokratie, die eigentlich um die eigenen Pfunde kämpft aber auf verlorenem Posten steht, kann dieser Sprung nach vorne nicht gelingen.

Fast jeder zweite junge Grieche ist arbeitslos. Wie wollen Sie verhindern, dass junge und gut ausgebildete Menschen das Land verlassen?

Griechenland verfügt über ein weitgehend im europäischen Ausland ausgebildetes, hochqualifiziertes Jungakademiker-Potenzial, das zur Zeit kaum Beschäftigung findet. Um diese jungen Leute im Land zu halten, muss man ohne Zeitverlust die Wirtschaft ankurbeln, damit die Beschäftigungsaussichten deutlich besser werden. Griechenland kann sich diesen Aderlass auf Dauer nicht leisten.

Haben Sie Verständnis dafür, dass andere europäische Länder mit Blick auf Griechenland sagen: Wir selbst müssen sparen, sollen aber denen helfen, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben?

Übertriebene und klischeehafte Behauptungen von den angeblich „faulen Griechen“ treffen nicht zu. Sie vergiften unnötig die traditionell sehr gute Verständigung zwischen Griechen und Deutschen. In Griechenland gibt es erheblich weniger Feiertage als in Nordeuropa, griechische Arbeitnehmer werden viel weniger oft krankgeschrieben als etwa ihre deutschen Kollegen, mit einem Durchschnitt von 62 Jahren treten die Griechen später als die meisten Europäer ins Rentenalter ein. Die große Mehrheit meiner Landsleute hat Verständnis dafür, dass unsere europäischen Mitbürger, insbesondere in Deutschland, große Opfer aufbringen, um uns im Sinne der europäischen Solidarität unter die Arme zu greifen. Wir sind dafür dankbar und haben uns verpflichtet, die nötigen, gemeinsam vereinbarten Strukturmaßnahmen vorzunehmen. Es trifft auch nicht zu, dass Griechenland ein Sonderfall ist. Schnell hat sich gezeigt, dass die angeblich besser gemanagten Wirtschaften Irlands und Portugals doch viel größere Probleme zu meistern haben als zunächst angenommen – und ich stelle dies ohne die geringste Schadenfreude fest. Auch Italien ist gefährdet. Wir haben ein europäisches Problem. Es geht nun darum, gemeinsam nach dauerhaften und nicht nach halben Lösungen zu suchen. Die von manchen Kreisen befürwortete Politik der Ausgrenzung mancher Länder aus der Euro-Zone ist falsch und würde unser gemeinsames Haus Europa um Jahrzehnte zurückwerfen.

War es aus heutiger Sicht ein Fehler, dass Griechenland bereits 2001 der Euro-Zone beigetreten ist? Und wäre eine Rückkehr zur Drachme überhaupt eine Option?

Kein anderes europäisches Volk bekommt sich so offen zu Europa wie die Griechen – selbst in dieser schwierigen Situation. Eine Alternative dazu kann und wird es nicht geben. Der Austritt aus der gemeinsamen Währung ist keine Option. Fehlkonstruktionen in der Währungspolitik, die bei der Einführung des Euro entstanden sind, müssen wir alle gemeinsam beheben.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Evangelos Antonaros (61) ist Abgeordneter der Nea Dimokratia und Mitglied im Außen- und Verteidigungsausschusses. 2004 bis 2008 war er Regierungssprecher.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Freund der Griechen: Erwin Lotter

Wenn Erwin Lotter sich den perfekten Tag vorstellt, dann sitzt er mit seiner Frau auf der Terrasse seines Ferienhauses, frühstückt und schaut auf die Ägäis. Das Haus gehört zu einem griechischen Dorf, dahinter erhebt sich der Olymp. Hier kann Lotter die Gedanken schweifen lassen. „Das kommt dem Paradies, wie ich es mir vorstelle, ziemlich nah“, sagt er. Nun würden die wenigsten Menschen Griechenland derzeit mit einem Paradies verbinden. Erwin Lotter weiß das, weiß es vielleicht besser als viele andere. Zweimal war er in diesem Jahr in Griechenland, im Mai zusammen mit der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. „Die politischen Beziehungen waren auf dem absoluten Tiefpunkt“, sagt er. Er erinnert sich, wie der Parlamentspräsident Philippos Petsalnikos mit Hinweis auf Zwangsanleihen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg von Griechenland genommen habe, Solidarität einforderte. Wie er sich echaufferte, als Lotter die Sorge äußerte, die Griechenland-Hilfen könnten sich als „Fass ohne Boden“ entpuppen. Entsprechend skeptisch war Lotter, als er im August nach Griechenland in den Urlaub fuhr. Jedoch: „Die negative Stimmung Deutschlands gegenüber hat sich von der Politik noch nicht auf die Bevölkerung niedergeschlagen“, sagt er. Dagegen seien die Menschen hochgradig unzufrieden mit der Regierung, nicht hoffnungslos, aber wütend. Wütend auf die grassierende Korruption, wütend auf die strukturellen Defizite.

„Die neue Regierung muss diese Probleme dringend angehen“, meint Lotter und versinkt in Nachdenken. Dann beugt er sich nach vorne, schiebt die Kaffeetasse weg. Seine Augen funkeln. „Die Griechen haben nicht verstanden, dass wir mit dem EFSF eine Brandmauer um sie errichten wollen.“ Sie hätten jetzt die Möglichkeit, mit europäischer Hilfe aus den Schwierigkeiten zu kommen. „Hätten sich die Griechen in dem Referendum gegen

»Hätte sich Griechenland beim Referendum gegen die Euro-Darlehen entschieden, wäre das Land in Chaos versunken.«

die Euro-Darlehen entschieden, wäre das Land im Chaos versunken, es hätte bürgerkriegsähnliche Zustände gegeben“, sagt Lotter. „Die Griechen müssen endlich verstehen, dass sie mit den Problemen nicht alleine fertig werden.“ Doch was muss getan werden, damit sich der Fall Griechenland nicht wiederholt? „Ich glaube, dass in letzter Konsequenz die europäischen Verträge neu verhandelt werden müssen“, meint Lotter. Was eine Finanzmarktsteuer angeht, ist er liberal-kritisch: Eine solche Steuer müsse weltweit eingeführt werden. „Wir haben mehr die Tendenz, den Gewinn zu besteuern“, sagt er.

Dieses „Wir“ ist relativ spät in Lotters Leben getreten: 1951 in München geboren, studierte er Medizin, promovierte und war als Stabsarzt der Bundeswehr tätig. Seit 1986 hat er eine Gemeinschaftspraxis mit seiner Frau in Aichach. Erst 1995, mit Mitte 40, wurde Lotter Mitglied der FDP. Er habe sich so über das politische Umfeld geärgert – „damals übrigens über Schwarz-Gelb, als Horst Seehofer Gesundheitsminister war“, wie er mit einem Lächeln sagt –, dass er beschloss, die für ihn richtige Richtung zu unterstützen. Er wurde stellvertretender Ortsvorsitzender der FDP Aichach, war im Stadtrat und ist seit 2005 stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Schwaben und seit 2008 stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP Aichach-Friedberg. „Ich hatte nicht die Absicht, in die Bundespolitik zu gehen“, sagt Lotter. „Aber ich habe die Chance ergriffen, als sie sich mir bot.“ Sie bot sich 2008, als Lotter für Jörg Rohde in den Bundestag nachrückte – zunächst als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und behindertenpolitischer Sprecher. Seit Ende 2009 widmet er sich seiner Herzensangelegenheit: der Gesundheitspolitik. Das Gesundheitssystem sei überreguliert, sagt er. Er arbeite daran, ihm mehr Freiheit zu geben. Lotter ist außerdem Mitglied in der Deutsch-Mittelamerikanischen und in der Deutsch-Spanischen Parlamentariergruppe. Sein Sohn – eines von drei Kindern – ist mit einer Spanierin verheiratet. Von seinen drei Parlamentariergruppen sei allerdings die Deutsch-Griechische „die lebendigste, die am meisten diskutiert und sich am häufigsten trifft“.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-511 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
11. November 2011

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeiengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Droht ein Dominoeffekt? Nach Griechenland geraten immer mehr Länder in finanzielle Probleme. Hier ein Blick auf den Schuldenstand in Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP)

(Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission)

Brüssel und seine Sorgenkinder

KRISE Ein Blick auf Europa zeigt: Die Griechen sind nicht die einzigen, die straucheln. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus

Lange haben wir ihn gesucht, jetzt haben wir ihn gefunden: jemanden, der griechisch spricht, aber kein Grieche ist! Für Vassilis Manolas ist klar, dass Lukas Papadimos keine griechischen Interessen vertreten wird. Der Bäcker im Athener Vorort Marousi diskutiert jeden Morgen die politischen Ereignisse mit seinen Kunden. Vier Tage lang haben sie auf die Sondersendungen im griechischen Fernsehen gestarrt, verfolgt, wie nach einem beispiellosen Hickhack zwischen den großen Volksparteien Griechenlands, der sozialistischen PASOK und der konservativen Nea Dimokratia, schließlich doch der erste auf einer langen Kandidatenliste für das Amt gewonnen werden konnte, das eigentlich keiner will: das des neuen griechische Ministerpräsidenten. Nun wird der ehemalige Vizechef der Europäischen Zentralbank, Lukas Papadimos, einer Übergangsregierung vorstehen, die bis zu Neuwahlen voraussichtlich im Frühjahr einen Kreditvertrag ratifizieren muss, der Griechenland weitere Hilfskredite und einen Schuldenschnitt von 50 Prozent gewährt und die dazugehörigen Sparmaßnahmen verabschiedet – in einem Land, das bereits in einer tiefen Rezession steckt. Viele Griechen aber, die schon durch die Sparmaßnahmen der vergangenen zwei Jahre um fast 30 Prozent ihrer Einkommen gebracht worden sind, sehen keinen Sinn mehr darin, sich kaputt zu sparen. Die oppositionelle Nea Dimokratia will damit zudem nicht in Verbindung gebracht werden. Nur unter der erdrückenden Gefahr, ohne die Auszahlung der nächsten Kre-

ditranche im Dezember nicht mehr zahlungsfähig zu sein und dann möglicherweise auch nicht mehr in der Eurozone verbleiben zu können, hat sie der Koalitionsregierung zugestimmt. Aber sie will nur Partiefunktionäre auf die Regierungsbank schicken, die aktuell kein Parlamentsmandat haben. „Es sind die Politiker beider Parteien“, sagt Christos Panagopoulos, Geschäftsführer der Mediengruppe SKAI, „von denen es abhängt, ob Papadimos erfolgreich sein kann, ob sie ihn stützen oder bekämpfen. Denn sie empfinden einen solchen Neuanfang möglicherweise als Gefahr für ihre eigene Macht.“ So hat Papadimos bereits höchst eindringlich die Einigkeit beschworen, an der es bei seiner Benennung gemanagt hatte. Nur dann sei er optimistisch, die griechische Wirtschaft wieder auf die Beine bringen zu können. Doch die Griechen sind gespalten. Für die einen ist Papadimos der Hoffnungsträger für eine europäische Perspektive, für die anderen aber der verlängerte Arm Brüssels, mit dem das Land weiter in die Rezession getrieben werden soll.

»Enorme Arbeit« In Italien reichen die angekündigten Einschnitte tiefer als alle finanzpolitischen Entscheidungen. Mit dem Rücktritt Silvio Berlusconis, der die innenpolitische Szene seit 18 Jahren dominiert, geht eine Ära zu Ende. Und die Tatsache, dass sich Italien diesen Montag zur Öffnung der europäischen Finanzmärkte mit einer

neuen, international vertrauenswürdigen Übergangsregierung präsentieren will, zeigt, wie sehr die Wende dem Druck von außen zuschreiben ist. Dieser Druck lastete vergangene Woche schwer auf dem Parlament: Es musste die von Europa geforderten und durch Inspektoren überwachten Sanierungsmaßnahmen

Parlamännchen
Politik für Kinder

Europäische Union

Nach dem Zweiten Weltkrieg fragten sich sechs Länder: Wie können wir verhindern, dass bei uns in Europa niemals wieder ein Krieg ausbricht? Die Antwort lautete: Indem wir gemeinsam Handel treiben! Bis dahin mussten zum Beispiel Züge und Laster mit Waren an der Grenze halten. Papiere wurden kontrolliert. Geld musste bezahlt werden – das nennt man Zoll. All das fiel nun weg. Die sechs Länder taten einfach so, als würde es keine Grenze geben. Sie waren damit so erfolgreich, dass sich immer mehr Länder der Europäischen Union anschlossen. Heute gibt es 27 Mitgliedsländer. 17 Länder haben sogar eine gemeinsame Währung. Das heißt, sie benutzen das gleiche Geld: den Euro.

in einem ungeahnten Hausrück-Verfahren beschließen. Mit Ende November war gerechnet worden; dann schockte ein tief schwarzer Börsen-Mittwoch sowohl Italien als auch Europa. Die Risikoaufschläge italienischer Staatsanleihen stiegen auf griechische Gefahrenwerte – und während das Parlament seine Beschlüsse daraufhin fast ohne Debatte durchwinkte,

verlangte Brüssel bereits nach weiteren Maßnahmen. Mario Monti, der von allen gewünschte, am Ende sogar von Berlusconi als „unausweichlich“ hingenommene Chef einer Übergangsregierung, sagte, Rom habe noch „enorme Arbeit“ vor sich. Die Bürger werden bereits zur Kasse gebeten. Die Mehrwertsteuer ist seit den ersten Krisenbeschlüssen im September um einen Prozentpunkt angehoben, und die Gemeinden holen ihre sechs Milliarden Euro an verlorenem Staatsgeld über höhere Abgaben zurück. Es gibt aber praktisch keine Proteste. Ausgeschlossen hat die Regierung Berlusconi eine Vermögenssteuer für Reiche, sowie eine Abschöpfung der Girokonten und die Rückkehr zur Grundsteuer. Unmittelbar spürbar könnte höchstens die „Kurzarbeit Null“ für „überschüssiges Personal“ in der öffentlichen Verwaltung werden. Alle anderen Maßnahmen sind struktureller und langfristiger Natur: die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre (aber erst 2026), die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, die steuerlichen Anreize zur Beschäftigung junger Leute, sowie der Abbau von Bürokratie.

Die neue Hoffnung Spaniens Nicht nur in Italien, auch in Spanien tritt der künftige Regierungschef ein schweres Erbe an: Das südeuropäische Land, viertgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone, hat mit 22,6 Prozent die höchste Arbeitslosenquote der EU. Ein Wirtschaftswachstum, das gegen Null strebt. Schuldenberge samt einem

Haushaltsdefizit von 9,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in 2010, das Spanien zu einem weiteren Euro-Risikokandidaten macht. Und die unerfreuliche Aussicht, dass auch in 2011 das versprochene Sparziel, die Neuschulden auf sechs Prozent des BIP zu drücken, verfehlt wird. „Ich garantiere, dass wir unsere Verpflichtungen erfüllen und das Haushaltsdefizit korrigieren werden“, sagt jener Mann, der Spaniens Parlamentswahl am 20. November voraussichtlich gewinnen wird. Mariano Rajoy, Vorsitzender der konservativen Volkspartei und bisher Oppositionschef, wird ein haushoher Sieg von wenigstens 45 Prozent vorausgesagt. Dem Spitzenkandidaten der noch regierenden Sozialisten, Alfredo Perez Rubalcaba, trauen die Umfragen höchstens 30 Prozent zu – es könnte die schlimmste Niederlage in der Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei werden. Europa schaut auf den neuen Hoffnungsträger Rajoy. Der Konservative verspricht, „die öffentlichen Ausgaben zu kontrollieren“, außerdem die Sanierung des wankenden Bankensektors. Darüber hinaus will er die Liberalisierung des starren Arbeitsmarktes, um Unternehmer zur Schaffung neuer Jobs zu ermuntern. Die Zusagen liegen immerhin auf einer Linie mit den Forderungen der EU. Jedoch rechnet die EU-Kommission in ihrem Herbstgutachten damit, dass Spanien in 2013 immer noch Neuschulden in Höhe von 5,3 Prozent des BIP aufnehmen muss – soweit nicht weitere harte Ausgabenkürzungen beschlossen werden.

Apokalyptisches Portugal Die hat der konservative Ministerpräsident Portugals,

Pedro Passos Coelho, bereits verkündet: Allen Staatsdienern, die mehr als 1.000 Euro im Monat verdienen, wird in 2012 und 2013 das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen. Die Beamten mussten bereits Lohnkürzungen von fünf Prozent hinnehmen. Die Sondersteuer für Strom, Gas und öffentlichen Transport steigt, alle Autobahnen sollen mautpflichtig werden, staatliche Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Arbeitslose werden gekürzt. So sollen die Staatsschulden in den Griff bekommen und die Sparforderungen von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) erfüllt werden. Vorausgegangen waren Sparrunden mit einer Rentenkürzung, einer auf 23 Prozent erhöhten Mehrwertsteuer und tiefen Einschnitten in soziale Leistungen. Der katholische Bischof Januario Torgal warnte angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung vor einer „Apokalypse“. Die größte portugiesischen Gewerkschaft CGTP kündigte für den 24. November einen Generalstreik an. Im Frühjahr 2011 hatten EU und IWF Portugal mit einem Notkredit von 78 Milliarden Euro vor dem Bankrott gerettet. Jedoch gilt die versprochene Defizitreduzierung auf 5,9 Prozent in 2011 angesichts immer neuer Löcher als utopisch. In Regierungskreisen wird nicht ausgeschlossen, dass Portugal – wie schon Griechenland – ein zweites Rettungspaket benötigen könnte.

Corinna Jessen (Athen), Paul Kreiner (Rom), Ralph Schulze (Madrid)

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 und 2

»Wir sind zu unserem Glück vereint«

EUROPA EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Bundestagspräsident Norbert Lammert warnen vor einer Spaltung des Kontinents in der Finanzkrise

Angesichts der Atemlosigkeit, mit der Europas Staaten Kreditpakete schnüren und hebeln, lohnt es sich hin und wieder kurz innezuhalten und sich zu fragen: Wie sähe der Kontinent ohne das gemeinsame europäische Projekt aus? Eine bestechende Antwort hat der britische Liberale Paddy Ashdown gegeben: Europas Staaten hätten keine Stimme mit Gewicht in der Welt, sie wären nichts anderes als eine „Ansammlung sich souverän dünkender Spielbälle im Kielwasser von Ozeanriesen“.

Am Scheideweg EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat in einer „Europa-Rede“ am vergangenen Mittwoch in Berlin einmal mehr darauf hingewiesen: In einer sich verändernden, multipolaren Welt kann der Kontinent nur eine Rolle spielen, wenn es mehr Europa gibt – nicht weniger. In eindringlichen Worten warnte er vor einer Spaltung Europas. „Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder wir stehen zusammen oder wir versinken in Bedeutungslosigkeit“, sagte er vor etwa 900 Gästen, die der Einladung von Konrad-Adenauer-Stiftung, Robert Bosch Stiftung und Stiftung Zukunft Berlin gefolgt waren. „Eine gesplante Union wird nicht funktionieren“, sag-

te Barroso. Die wirtschaftliche Steuerung und engere Koordinierung innerhalb des Euro-Raums sei eine „zentrale Säule“ einer stärkeren EU. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten jener Länder gehen, die nicht oder noch nicht Mitglied des Euroraums sind. Barroso nahm damit die Pläne der 17 Euro-Länder in den Blick, mit regelmäßigen Gipfeltreffen eine eigene Struktur, eine Wirtschaftsregierung, zu etablieren, die den Fiskalpolitikern der Länder auf die Finger schaut. Eine „Wiedereinsetzung des Wiener Kongresses“ hat der Europa-Parlamentarier Martin Schulz (SPD) das an anderer Stelle genannt: Alle halbe Jahre kämen 17 Regierungschefs zusammen, tagten hinter verschlossenen Türen und teilten anschließend ihren erstaunten Untertanen mit, worauf sie sich meistens nicht geeinigt hätten. In dieser Schärfe brachte Barroso die Kritik nicht hervor. Aber erinnerte daran, dass es die Gemeinschaftsmethode, die gemeinsame Übertragung von Souveränität an supranationale Institutionen gewesen sei, die die EU stark gemacht hat. Und er ließ etwas von der Idee aufleuchten, die die Gründergeneration der Union vor Augen hatten: „Wir sind zu unserem Glück vereint“, diese simple Wahrheit der „Berliner Erklärung“ zum

50. Jahrestag der Römischen Verträge gelte es sich in einer der schwierigsten Krisen der Gemeinschaft vor Augen zu halten. Eine „reine intergouvernementale Methode“ reiche deshalb auch nicht, um aus der Krise zu finden, sagte Barroso. In Wahrheit sei die Wirtschafts- und Währungsunion letztendlich unvereinbar mit der Logik reiner Zwischenstaatlichkeit: „Eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordert nämlich Verpflichtungen, Regeln und eine Einhaltung der Verpflichtungen und Regeln, die nicht nur durch Gruppendruck oder die Regierungszusammenarbeit gewährleistet werden kann. Diese Regeln dürfen nicht der instabilen Logik politischer Einflüsse oder Manöver unterliegen oder von Diplomaten oder Politikern in Hinterzimmern ausgehandelt werden“, sagte Barroso.

Wirtschaftsregierung Die Integration des Euroraums müsse mithilfe der Gemeinschaftsmethode vertieft werden – und nicht an den supranationalen Organen vorbei. Nur diese verfügten über „Unabhängigkeit und Objektivität“, um zu gewährleisten „dass alle Mitgliedstaaten – innerhalb des Euroraums und auch außerhalb – vor den Verträgen gleichbehandelt werden“, sagte

Barroso. Genau darin liege die Bedeutung der Rolle der Kommission als Wirtschaftsregierung der Europäischen Union. In seiner Einführung zu Barrosos Rede hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zuvor die Notwendigkeit starker

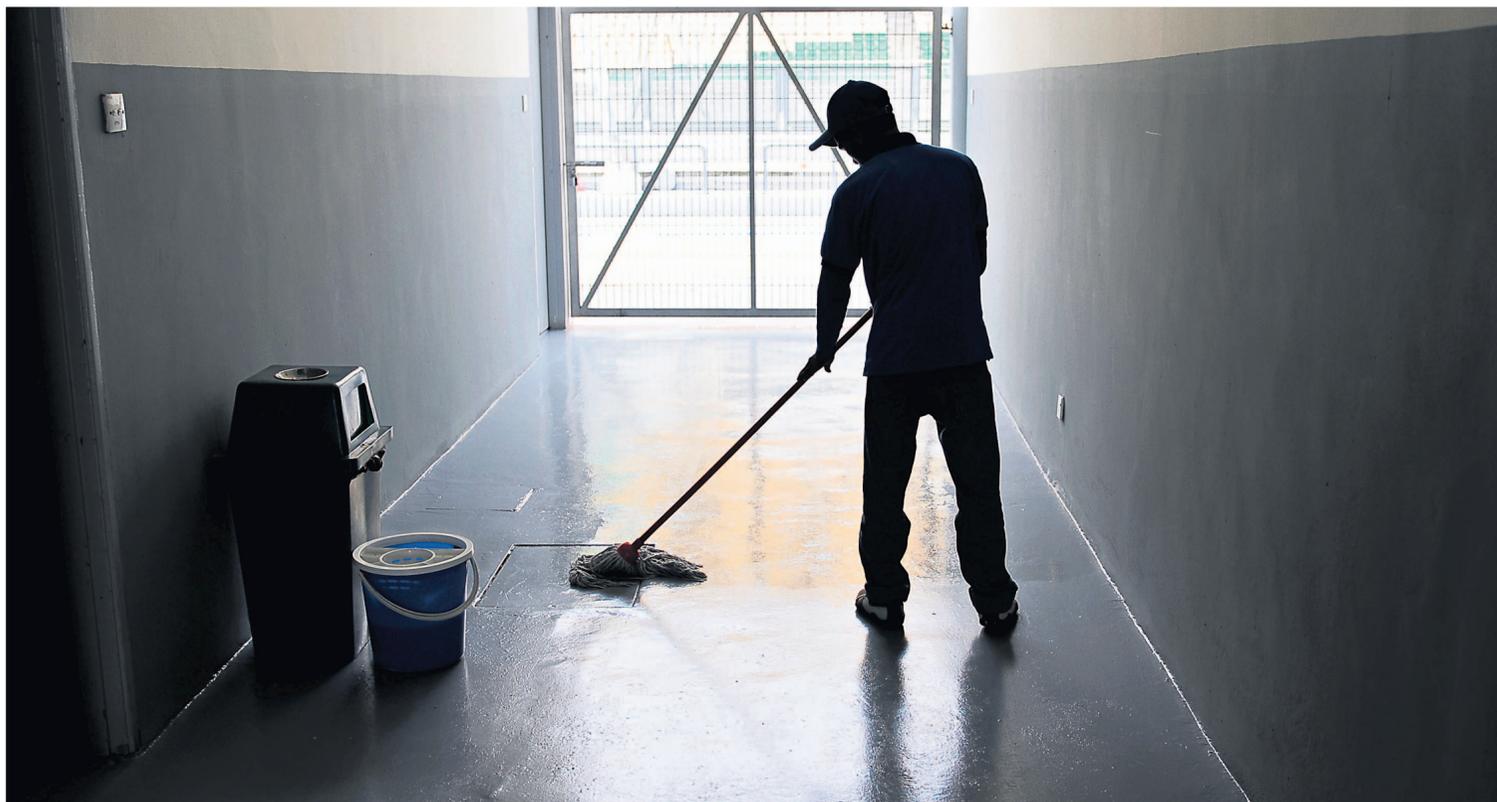
Parlamente in Europa unterstrichen. Lammert nannte die Europäische Union einen „historisch einzigartigen, beispiellosen und zugleich beispielhaften Weg einer europäischen Gemeinschaft, deren Mitgliedstaaten Souveränitätsrechte mit dem Ziel übertra-

gen, ihre Souveränität zu wahren.“ Allerdings habe diese Übertragung stets eine entscheidende Voraussetzung, die das deutsche Bundesverfassungsgericht in jüngeren Urteilen wiederholt deutlich markiert habe: „Die Zustimmung des Parlaments, die durch Regierungsvereinbarungen nicht zu ersetzen ist.“

Parlamentarische Mitsprache Lammert wies entschieden den Vorwurf zurück, die parlamentarische Mitsprache verzögere oder blockiere europäische Entscheidungen. Das Mandat, dass der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit und nach intensiver Debatte der Bundesregierung auf dem Weg zum jüngsten Euro-Gipfel mit nach Brüssel gegeben hatte, habe diesen Vorwurf „eindrucksvoll“ widerlegt, sagte Lammert. Wie Barroso warnte der Bundestagspräsident vor dem Scheitern gemeinsamer Reformen. Wenn der Integrationsprozess nicht vorankomme, habe „Europa seine Zukunft hinter sich. Und jeder einzelne Mitgliedstaat umso sicherer“, sagte Lammert. Es wäre dies ein Rückfall in einen Zustand des 19. Jahrhunderts: „Die Rivalität von Nationalstaaten, deren Ehrgeiz größer war als ihre Möglichkeiten.“ Alexander Heinrich



Mehr Europa – nicht weniger: José Manuel Barroso (Mitte), Norbert Lammert (2. v. r.) zwischen den Vorsitzenden der einladenden Stiftungen



Die Gebäudereinigung ist eine der Branchen, die einen Mindestlohn haben: Er beträgt 8,55 Euro im Westen und sieben Euro im Osten. Ob es eine allgemeine Lohnuntergrenze geben soll, ist heftig umstritten.

Hilfetelefon für Frauen

GEWALT Die Bundesregierung plant die Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“. Ein entsprechender Gesetzentwurf (17/7238) wurde am vergangenen Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Das geplante Angebot wendet sich an betroffene Frauen, Personen aus ihrem sozialen Umfeld oder Menschen, die im Rahmen ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit Gewalt gegen Frauen konfrontiert werden. Das Telefon soll nach den Plänen der Regierung 24 Stunden bundesweit unter einer einheitlichen Rufnummer zu erreichen sein. Fachkräfte bieten kostenlos Erstberatung, Information und Weitervermittlung an Unterstützungseinrichtungen an. Bei Bedarf, so heißt es in dem Gesetzentwurf, könne die Beratung auch in einer Fremdsprache erfolgen. Die Regierung rechnet für das kommende Jahr mit Kosten in Höhe von 3,1 Millionen Euro und ab 2013 mit Ausgaben in Höhe von sechs Millionen Euro jährlich. Laut Gesetzentwurf sind 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Frauen in ihrem Leben mindestens einmal von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen gewesen. Zwar gebe es in Deutschland ein „breites Netz“ von spezialisierten Fachrichtungen und Beratungsstellen, schreibt die Bundesregierung, jedoch erreichte die bestehenden Strukturen die Frauen nicht oder nicht früh genug. **tyh**

Kampf gegen Glücksspielsucht

GESUNDHEIT Die SPD-Fraktion will die Glücksspielsucht wirksamer bekämpfen. Der Bundestag überwies einen entsprechenden Antrag (17/6338) am vergangenen Donnerstag an den Gesundheitsausschuss. Die Sozialdemokraten drängen die Bundesregierung darin, das staatliche Glücksspielmonopol zu erhalten und auf die Länder einzuwirken, keine Erweiterung des Glücksspielmarktes zuzulassen. Letzteres ist Ende Oktober jedoch bereits geschehen: Zwar einigten sich die Länder mit Ausnahme Schleswig-Holsteins darauf, das Lotto-Monopol des Staates zu erhalten. Sie beschlossen aber zugleich, den Sportwettenmarkt für zwanzig private Anbieter zu öffnen. In dem jetzt diskutierten Antrag fordert die SPD darüber hinaus, die Regierung müsse gemeinsam mit den Ländern die Sperre mit der Möglichkeit der Selbst- und Fremdsperre für Süchtige auch auf den Bereich der Geldspielautomaten ausweiten. Zudem solle ein verpflichtendes Identifikationssystem für Geldspielautomaten eingeführt werden, das ein Spielsperre ermöglicht. Sicherheitsstellen sei, dass nur volljährige Personen an den Glücksspielautomaten spielen können. Auch müssten Manipulationen an den Spielgeräten ausgeschlossen und auf suchtschärfende Geklickfunktionen verzichtet werden, betont die SPD. Außerdem verlangen die Abgeordneten, den maximalen Verlust pro Stunde und Automat von bisher 80 auf 40 Euro zu begrenzen. Laut Antrag soll die maximale Gewinnmöglichkeit pro Stunde und Automat von derzeit 500 auf 250 Euro gesenkt werden. Zur Begründung heißt es, die Suchtgefahr durch Geldspielautomaten werde durch eine Reduzierung der suchtfördernden Merkmale der Geräte erreicht, etwa durch eine Verlangsamung des Spiels und niedrigere Grenzen für die maximalen Gewinne und Verluste pro Stunde. **mpi**

Das große Reinemachen

MINDESTLOHN I Die CDU rückt womöglich von ihrer Ablehnung ab. Nicht nur die FDP regt sich auf

Heinrich Kolb schaute am Rednerpult im Plenarsaal zwar konsequent nach links zur Oppositionsseite. Die Botschaft des FDP-Arbeitsmarktexterten, die er während der Aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag verkündete, war aber vor allem an die Union adressiert. „Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab“, zitierte Kolb aus dem Koalitionsvertrag von 2009 und fügte hinzu, die FDP stehe zu der Vereinbarung. Kolb treibt um, dass bei der CDU diese Gewissheit ins Wanken geraten ist. Auf ihrem Bundesparteitag, der an diesem Montag in Leipzig beginnt, beschäftigen sich die Christdemokraten mit der Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Der Arbeitnehmerflügel fordert eine solche Marke, „die sich am von den Tarifpartnern festgelegten Mindestlohn in der Zeitarbeit orientiert“. In dieser Branche liegt der Mindestlohn derzeit bei 7,01 Euro in Ost- und bei 7,89 Euro in Westdeutschland.

Angela Merkel (CDU) will hingegen Untergrenzen nur nach Regionen und Branchen zulassen und lehnt die Anbindung an die Zeitarbeit ab. Auch der Wirtschaftsflügel der CDU ist gegen eine flächendeckende Lohnuntergrenze. „Wir wissen nicht vorab, wie die Mehrheit der Delegierten entscheidet“, gab der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer im Plenum unumwunden zu. Am Tag nach der Aktuellen Stunde sah sich CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe

gleichwohl bemüht, auf Kolbs Einlassungen zu reagieren. „Der Koalitionsvertrag spricht sich gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn im Sinne einer politischen Lohnfindung aus“, sagte Gröhe. Aus seiner Sicht schließen die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag die Einführung eines Mindestlohns nicht aus, denn die CDU spreche, über eine Festlegung durch die Tarifparteien, darüber sollten wir auch mit der FDP und der CSU reden.“ Für die Opposition sind die Unstimmigkeiten in der CDU und in der Koalition ein gefundenes Fressen, wie die Aktuelle Stunde zeigte, die sich auf Antrag der Linksfraktion mit der „Haltung der Regierungskoalition zur Einführung eines Mindestlohns“ befass-

te. „Wohin geht nun eigentlich die Reise in der CDU?“, fragte der Vorsitzende der Linkspartei, Klaus Ernst. Aus seiner Sicht werfe die CDU ohnehin nur „Nebelkerzen“. In Wirklichkeit wollten die Christdemokraten keinen Mindestlohn. Der „eigentliche Skandal“ sei, dass in Deutschland Armutslöhne nicht verhindert würden: 1,2 Millionen Menschen erhielten einen Lohn von unter fünf Euro, 3,6 Millionen Menschen bekämen einen Stundenlohn von unter 7,50 Euro. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles vermutete in der Debatte, die CDU sei nach kurzzeitiger Annäherung an die Realität vor dem Druck der Arbeitgeberlobby eingeknickt. „Frau Merkel, der Wackeldackel dieser Bundesregierung, ist nämlich wieder einmal umgefallen“, kritisierte die Abgeordnete. Merkel scheue keine Brückierung ihres eigenen Sozialflügels und mache die Lohnuntergrenze zum „Schweizer Käse“. Ein Mindestlohn verträge keine regionalen und branchenspezifischen Abweichungen, sagte Nahles. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Brigitte Pothmer, spottete in diesem Zusammenhang, beim „Merkel-Mindestlohn“ handele es sich „um einen Scheinriesen“.

„Wer hat’s erfunden?“ Der CDU-Abgeordnete Frank Heinrich hielt sich mit der Oppositionskritik nicht lange auf. Ihm falle beim Thema Mindestlohn „die Werbung für ein bestimmtes Bonbon ein: ‚Wer hat’s erfunden?‘“, sagte er. Die CDU habe den Min-

destlohn zwar nicht erfunden, unter Bundeskanzler Helmut Kohl im Jahr 1997 aber „zum ersten Mal“ einen solchen eingeführt, „und zwar in der Elektrobranche“. Peter Weiß (CDU) vermutete gar, bei der Opposition gehe „die blanke Angst“ um, „dass das Thema Mindestlohn als Verunglimpfungsthema gegen die Regierungskoalition“ abhandeln könnte. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, reagierte umgehend per Interview: Die CDU schwenke beim Mindestlohn auf SPD-Kurs ein. „Am Ende

werden die Wähler das Original wählen und nicht die Kopie“, betonte Oppermann. Merkel wolle nur „ein Wahlkampfthema vom Tisch räumen, und sie will sich hübsch machen für andere Koalitionspartner, mit Vorliebe für eine Große Koalition“, argwöhnte auch Pothmer im Bundestag. Die Versicherung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil, dass Merkel das nicht schaffe, konnte die Grünen-Abgeordnete nicht restlos überzeugen. „Auf euch ist ja nicht so viel Verlass“, rief sie der SPD zu. **Monika Pilath**



»Frau Merkel, der Wackeldackel der Regierung, ist wieder umgefallen.«
Andrea Nahles (SPD)

STICHWORT

ARBEITSMARKT – Bisherige Regelungen gegen Dumpinglöhne

> Arbeitnehmer-Entsendegesetz Für einzelne Branchen kann seit dem Jahr 2009 ein Mindestlohn vereinbart werden. Die Tarifparteien müssen sich auf einen Betrag einigen, den die Bundesregierung per Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich erklärt. Der Mindestlohn gilt dann für die ganze Branche. Bislang gibt es zehn solche Mindestlöhne.

> Mindestarbeitsbedingungssetzung In einem Wirtschaftszweig darf ein Mindestentgelt festgelegt werden, wenn in diesem bundesweit eine Tarifbindung von weniger als 50 Prozent besteht. Der Betrag soll von einem Ausschuss mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern ausgehandelt und dann per Rechtsverordnung in Kraft gesetzt werden. Auf Grundlage dieser seit 2009 geltenden Regelung ist bislang aber kein Mindestlohn eingeführt worden.



Allgemein versus gesetzlich

MINDESTLOHN II Die Grünen stoßen mit ihrem Kompromissvorschlag auf wenig Gegenliebe

Was für Brigitte Pothmer (Grüne) ein Mittel zum Zweck ist, das deutet nach Ansicht von Michael Schlecht (Die Linke) auf eine Verschleierungstaktik hin. In der Debatte über einen Antrag ihrer Fraktion für einen allgemeinen Mindestlohn (17/7483) betonte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen am vergangenen Donnerstag: „Wir haben bewusst auf Maximalforderungen verzichtet, zum Beispiel darauf, eine konkrete Höhe für einen Mindestlohn zu nennen. Damit überfordern wir selbst Sie nicht“, wandte sich Pothmer an die Union. Für die Fraktion Die Linke, die sich seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde einsetzt, verbirgt sich hinter dem Grünen-Antrag dagegen „ein fauler Trick, um den Eindruck zu erwecken, man wolle einen Mindestlohn durchsetzen. Doch Sie wollen im Grunde einen Mindestlohn gar nicht“, unterstellte ihr Redner Michael Schlecht den Antragstellern.

Um den Kommissionsvorschlag der Grünen ging es in der Debatte allerdings nur am Rande. Angesichts der unionsinternen Diskussion um einen Mindestlohn (siehe Beitrag „Das große Reinemachen“) sah Brigitte Pothmer die CDU/CSU unter Beweisdruck: „Sie müssen sich entscheiden, ob Sie Lohn-gerechtigkeit oder Lohndumping wollen.“ Für die Union stellte sich die Frage jedoch



Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen)

so gar nicht. Zum einen sei klar, dass sie kein Lohndumping wolle, zum anderen gebe es bereits in elf Branchen branchenspezifische Mindestlöhne, betonte Peter Tauber (CDU). Er warf der Opposition vor, „zu ideologisieren, wo sich Politik zurückhalten sollte. Sie werden es nicht erleben, dass sich die Union in einen Bieterwettbewerb um den höchsten Mindestlohn begeben“, sagte Tauber. Für Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) lag die Schlussfolgerung deshalb auf der Hand. „Mit Ihnen ist es nicht möglich, einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen.“ Wenn es aber Tariflöhne gebe, die unter dem liegen, was man zum Leben braucht, dann helfe auch der Verweis auf die Tarifautonomie wenig, ergänzte sie. Der Grünen-Vorschlag sei deshalb sinnvoll. Johannes Vogel betonte für die FDP, nicht zu wollen, dass Unternehmer niedrigere Löhne zahlen als sie könnten. Dies sei aber nicht die Mehrheit. Für die wenigen schwarzen Schafe müsse eine Lösung gefunden werden. „Eine Kommission, die der Politik vorschreibt, wie hoch der Mindestlohn sein muss, das kann es aber nicht sein“, sagte Vogel. Die parlamentarische Diskussion darüber wird weitergehen, zunächst im Ausschuss für Arbeit und Soziales, an den der Bundestag den Grünen-Antrag am Ende überwies. **Claudia Heine**

Hebammen monieren geringes Einkommen

ANHÖRUNG Grüne fordern moderne Grundlage der Leistungen für Schwangerschaft und Geburt

Die Grünen wollen die rechtliche Grundlage der Leistungen für Schwangerschaft und Geburt entstauben. Dazu, das fordert die Fraktion in einem Antrag (17/5098), soll sie aus der Reichsversicherungsordnung in das Fünfte Buch der Sozialgesetzgebung überführt und zeitgemäß ausgestaltet werden. Für dieses Anliegen erteten die Grünen in einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Woche weitgehend Zustimmung. Der Experte vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankensversicherung (GKV), Gerd Kukula, sagte: „Es geht vor allem um eine rechtssystematische Regelung.“ Auch die freiberuflichen Hebammen selbst wünschen sich eine rechtliche Modernisierung. Darüber hinaus verlangen sie aber vor allem eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation. Ihr Grundproblem: Hohe Beiträge für die Berufshaftpflicht verschlingen einen Großteil ihrer zu geringen Honorare. Elke Maßing vom GKV-Spitzenverband legte dar, dass eine Hebamme für den Besuch am Wochenbett lediglich 27 Euro brutto bekomme. „Oft dauert so ein Besuch eine Stunde.“ Monika Selow vom Deutschen Hebammenverband beklagte, dass sich die Einkommen nicht der Entwicklung des Berufs angepasst hätten. „Eine Hebamme, die mit einem Koffer durch die Gegend zieht,

ist finanziell besser gestellt als eine, die eine Praxis unterhält.“ Ein weiteres Thema der Anhörung war die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen. Die Kasernenärztliche Vereinigung hatte argumentiert, dass die Mortalität bei außerklinischen Geburten bei 0,23 Prozent liege, bei Geburten in Krankenhäusern dagegen lediglich bei 0,12 Prozent. Nina Knappe von der Deut-

schen Gesellschaft für Hebammenwissenschaft zweifelte diese Statistik an und wurde dabei vom GKV-Spitzenverband unterstützt. Elke Maßing berichtete, dass im Dezember dazu eine Studie erscheinen werde. Das Ergebnis zeige, dass die Sterblichkeit von Neugeborenen, die außerhalb von Krankenhäusern geboren werden, nicht höher sei. **Annette Rollmann**



Hebammen machen niedrige Honorare und hohe Versicherungsprämien zu schaffen.

KURZ NOTIERT

Kein EuGH-Gutachten zu Fluggastdatenabkommen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag die Grünen-Forderung zurückgewiesen, ein Gutachten des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) über die Vereinbarkeit der geplanten EU-Abkommen mit den USA und Australien über die Weitergabe von Passagierdaten mit europäischem Primärrecht einzuholen. In ihrem entsprechenden Antrag (17/6331) hatte die Grünen-Fraktion darauf verwiesen, dass gegen die vorgesehenen Abkommen „erhebliche Grundrechtsbedenken“ bestünden. Die geplanten Abkommen seien vielfacher Kritik zufolge mit dem Grundrecht auf Datenschutz in Artikel 8 der EU-Grundrechtscharta nicht vereinbar. Diese Position vertrat auch der Juristische Dienst der EU-Kommission. **sto**

Richter-Besetzung ist geklärt

Die Möglichkeit der großen Straf- und Jugendkammern, in geeigneten Fällen mit zwei statt drei Berufsrichtern zu verhandeln, wird beibehalten. Am vergangenen Donnerstag stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition einem entsprechenden Gesetzentwurf der Regierung (17/6905) zu. SPD und Die Linke waren dagegen, die Grünen enthielten sich. Die Union hob hervor, auch künftig werde mit drei Richtern verhandelt, wenn es etwa um Fälle mit Sicherungsverwahrung geht. Die SPD wies darauf hin, die beständige Möglichkeit der Zweierbesetzung sei den Gerichten 1993 eröffnet worden, um personelle Engpässe nach der Wende an Gerichten in Ostdeutschland abzufedern. Die Regelung sei aber „ausufernd“ genutzt worden. **bob**

Bundesanzeiger künftig ausschließlich elektronisch

Der Bundesanzeiger wird künftig ausschließlich elektronisch über das Internet herausgegeben. Darauf einigten sich die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Donnerstag. Die Fraktion Die Linke stimmte im Bundestag gegen den Entwurf (17/6610). Die gedruckte Ausgabe soll durch eine elektronische Veröffentlichung ersetzt werden, die wie die bisherige gedruckte Ausgabe einen amtlichen Teil und weitere Teile, etwa für gerichtliche und gesellschaftsrechtliche Bekanntmachungen oder Bekanntmachungen der Kommunen enthalten soll. **bob**

DDR-Lohnunterlagen sollen länger aufbewahrt werden

Lohnunterlagen von DDR-Betrieben sollen bis zum Jahr 2016 aufbewahrt werden, verlangt die Fraktion Die Linke. Der Bundestag überwies den entsprechenden Antrag (17/7486) am vergangenen Donnerstag an den Arbeitsausschuss. Zur Begründung schreiben die Abgeordneten, dass es derzeit noch ungefähr 650.000 ungeklärte Konten von ostdeutschen Versicherten in der Rentenversicherung gebe und darüber hinaus noch zahlreiche Versicherte, die sich in einem Klageverfahren wegen ihrer Altersversorgung befinden. Um diesen Versicherten weiter einen Nachweis ihrer Beschäftigungszeiten zu ermöglichen, müssten die Lohnunterlagen länger aufbewahrt werden als bis zum Ende des Jahres. **che**

Linke will Kurswechsel bei Einwanderungspolitik

Die Fraktion Die Linke macht sich für einen Kurswechsel in der deutschen Einwanderungspolitik stark. Die Bundesregierung solle den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum Anlass nehmen, „ihre bisherige restriktive Einwanderungspolitik grundsätzlich zu ändern“, fordert die Fraktion in einem Antrag (17/7373). Diesen überwies der Bundestag zur weiteren Beratung am vergangenen Donnerstag an den Innenausschuss. Erforderlich sei etwa die Rücknahme der seit August 2007 geltenden Regelungen der Sprachnachweise im Ausland als Voraussetzung für den Ehegattennachzug. **sto**

Nachhaltigkeitsprüfung hat sich bewährt

Der Bundestag hat den Bericht des Parlamentarischen Beirats über die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung und die Optimierung des Verfahrens am vergangenen Donnerstag an den Geschäftsausschuss überwiesen. Aus der zugrundeliegenden Unterrichtung (17/6680) geht hervor, dass sich das Verfahren „als praktikabel“ erwiesen hat. Die Prüfung des Beirats orientiert sich an der Nachhaltigkeitsstrategie der Regierung. Diese zielt auf Generationengerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt, Lebensqualität und internationale Verantwortung ab. **mpi**



Der Laucha Fußballverein wurde wegen der Trainertätigkeit von NPD-Mann Battke (oben links) bekannt. Die Politik ist alarmiert.

Ideologie in Fußballschuhen

SPORT Für rechtsextreme Einflüsterer sind insbesondere Amateurvereine anfällig. Der Bundestag streitet über Rezepte

Im Sommer 2010 sorgte der Fall Lutz Battke bundesweit für Schlagzeilen. Der für die NPD im Stadtrat von Laucha (Sachsen-Anhalt) und im Kreisrat des Burgenlandkreises sitzende 53-jährige mit dem schmalen Unter-Nasen-Bärtchen trainierte die Fußball-Jugend des BSC Laucha. Und das schon seit mehr als zehn Jahren, ohne dass dies vor Ort als problematisch eingestuft worden wäre. Der Fall Battke sei typisch für das Vorgehen der NPD, sagt Torsten Hahnel vom Verein Miteinander, dem Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt, der Zeitung „Das Parlament“. Battke setze „die Normalisierungsstrategie der NPD perfekt um“, betont Hahnel, der frühzeitig versuchte, gegen das Engagement des rechtsextremen Übungsleiters vorzugehen. „Die Presse wurde aber erst aufmerksam, nachdem ein jüdischer Junge von einem Spieler des BSC Laucha zusammengeschlagen wurde. Dann erst kam der Stein ins Rollen“, fügt er hinzu. Mit der Folge, dass Battke auf Druck des Landessportbundes nicht mehr als Nachwuchstrainer fungieren durfte. Hahnel macht sich dennoch keine Illusionen: Zwar sei Battke, der bei den Landtagswahlen im März für die NPD antrat, suspendiert. „Er hat aber immer noch Einfluss im Verein.“ Lutz Battke ist kein Einzelfall, wie der Sportjournalist Ronny Blaschke in seinem Buch „Angriff von Rechtsaußen“ aufzeigt. So organisierte laut Blaschke der Neonazi Tommy Frenck in der thüringischen Kleinstadt Hildburghausen Grillfeste, Konzerte, Kundgebungen und Vorträge. In seinem Fußballverein SV Germania führte er Jugendliche an die Kameradschaftsszene heran, um als Mitglied des Kreisrates von ihrer Unterstützung zu profitieren.

»Anliegen berechtigt« Sowohl bei der Bundesregierung als auch bei sämtlichen Fraktionen des Bundestages ist ein Bewusstsein für die Problematik vorhanden. Das wurde während einer Plenardebatte am vergangenen Donnerstag zu einem Antrag der SPD-Fraktion (17/5045) deutlich, in dem

die Abgeordneten fordern, rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent zu bekämpfen. Der Antrag sei „im Anliegen berechtigt“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU). Der Obmann der FDP-Fraktion im Sportausschuss, Lutz Knopek, sagte, es sei gut, dass über die Problematik im Plenum diskutiert werde. Unions-Sportexperte Frank Steffel zeigte sich erfreut, dass offenbar Einigkeit über die Bedeutung des Themas herrsche. Und dennoch: Zu einer Zustimmung konnte sich die Koalition nicht durchringen.

Gemeinsame Kampagne Dem Antrag fehlten Anknüpfungspunkte an bestehende Kampagnen, kritisierte Bergner und bezog sich dabei insbesondere auf die von der Bundesregierung gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutschen Sportjugend sowie dem Deutschen Fußballbund Anfang des Jahres gestartete Initiative „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“. Diese Kampagne zeige, dass die Bundesregierung nichts versäumt habe, wie der Antrag unterstelle, ergänzte Knopek. Seiner Ansicht nach gelte es zudem, den Blick auf andere Formen des Extremismus zu richten. Die Unionsfraktion sei mit einigen Forderungen in dem Antrag nicht einverstanden, sagte Frank Steffel. Das „parlamentarische Verfahren“ fordere daher, die Vorlage abzulehnen. „Wir lassen uns damit aber nicht unterstellen, wir würden das Thema nicht ernst nehmen“, betonte er. Die Opposition wiederum kritisierte, dass die Bundesregierung zwar „viel ankündigt, am Ende aber viel zu wenig passiert“, wie es der Obmann der SPD-Fraktion im Sportausschuss, Martin Gerster, formulierte. So gebe es das geplante „Gütesiegel“ zur klaren Positionierung eines Vereins gegen Rechtsextremismus noch immer nicht. Auch die Finanzierung kleinerer Projekte im Kampf gegen Rechtsextremismus im Sport sei nicht nachhaltig geklärt, ergänzte Gersters Fraktionskollege Sönke Rix.

Das Problem der zeitlichen Befristungen, oftmals auf ein Jahr, macht auch Torsten

Hahnel vom Verein Miteinander zu schaffen. „Jedes Mal zum Jahreswechsel wissen wir nicht, ob es im kommenden Jahr weitergeht.“ Diese Unsicherheit führe auch zu einer Fluktuation bei den Mitarbeitern. Dabei habe er in der Vergangenheit oft festgestellt, dass „wir ein gutes Feedback für unsere Arbeit bekommen, weil sie als wichtig und professionell wahrgenommen wird“, betont Hahnel. Die Rechtsextremismus-Expertin der Grünen-Fraktion, Monika Lazar, wies in der Debatte darauf hin, dass „sozialpädagogische Arbeit ausgeweitet und nicht gekürzt werden darf“. Angesichts dessen sei es für sie „nicht nachvollziehbar“, wenn Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Kürzungen bei der Koordinationsstelle Fanprojekte plane. Wie man erfolgreich gegen Rechtsextremisten, die im Vereinssport Fuß zu fassen suchen, vorgeht, habe der Bürgermeister von Hildburghausen gezeigt, sagte Linksparlamentarier Jens Petermann. Dem SV Germania Hildburghausen habe die Stadt die Benutzung der kommunalen Sportplätze untersagt. Der Kreissportverband habe zudem die Anerkennung als Verein verweigert, womit der Neonazi-Zusammenschluss von der Bildfläche verbannt worden sei, sagte Petermann, der zugleich die in dem SPD-Antrag erhobene Forderung nach dauerhaften Förderstrukturen für Verbände und Vereine unterstützte. **Kompetenzfrage** Der Hoffnung auf zusätzliche Gelder aus dem Bundeshaushalt erteilte jedoch Staatssekretär Bergner eine Absage. Die Forderungen nach finanzieller Unterstützung seien „haushaltsrelevant und müssten daher an anderer Stelle erhoben werden“, sagte Bergner. Zudem werde die „Zuständigkeits- und Kompetenzfrage“ außer Acht gelassen. Die SPD-Forderung nach einem Bericht, in dem dargelegt werde, „wo extremistische beziehungsweise verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sport und in dessen Umfeld existieren“, laufe im Übrigen auf nichts anderes als die Einführung eines Meldesystems durch die Vereine hinaus, kritisierte Bergner. **Götz Hausing**

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Umgangsrecht für Oma und Opa

KINDERKOMMISSION Scheiden sich Ehepartner, werden oft auch die Großeltern von ihren Enkeln getrennt. Ein Problem, das bei Sorgerechtsstreitigkeiten selten Beachtung findet. In einem Expertengespräch befasste sich die Kinderkommission vergangene Woche mit diesem Aspekt. Der Gesetzgeber regelt die Rechte und Pflichten zwischen Großeltern und Enkeln nicht. „Im Regelfall wird das Verhältnis durch die Eltern moderiert“, sagte Christian Alt vom Deutschen Jugendinstitut. Durch die stetige Abnahme traditioneller Familienmodelle kann es vorkommen, dass einem Kind bis zu acht Großeltern gegenüberstehen, verdeutlichte Alt. Doch dieser Fall trete selten ein. „Eher pflegen die Großeltern mütterlicherseits eine enge Beziehung zu ihren Enkeln, während das Verhältnis väterlicherseits oft verhalten ist“, erläuterte Alt. Das liege aber nicht an den Großeltern, betonte der Wissenschaftler, denn: „Der Antrieb ist da, den Kontakt zu halten.“ Doch es bedürfe einer Kultur des Umgangs, die von den Eltern abhängt. Gibt es diese nicht,

führe das schließlich zum Entzug der Bindung zu den Verwandten der Ex-Partner. Alt sah deshalb eine Aufgabe der Politik darin, das Recht der Großeltern auf Umgang mit den Enkeln zu regeln. Rita Boegershausen von der Bundesinitiative Großeltern sah eine Ursache des Entzugs der Enkel darin begründet, dass die Kinder nicht im Mittelpunkt bei Streitigkeiten stünden, sondern vielmehr als Mittel in den Auseinandersetzungen genutzt würden. Sie forderte die Schaffung eines Ombudsmannes, der eingreifen soll, wenn Trennungsstreit vor Gericht das Zusammenleben aller Familienmitglieder verhindere. Helga Krull vom Großelterndienst Berlin berichtete von der Vermittlung so genannter Wunschgroßeltern. Dies könne ein Ausweg für Großeltern sein, die keinen Kontakt mehr zu ihren Enkeln haben. Rund 500 Freiwillige würden sich in der Hauptstadt auf diese Weise circa 800 Kindern annehmen. „Sie schenken Zeit und die Eltern profitieren davon“, sagte Krull. Manche Mutter könne ohne diese Unterstützung keinen Beruf ausüben. **eis**

Lehren aus dem »Fall Guttenberg«

WISSENSCHAFT Es bedarf deutlicher Änderungen im Wissenschaftssystem, um wissenschaftlichem Fehlverhalten vorzubeugen. Darin waren sich vergangene Woche die Experten in einem Fachgespräch des Bildungsausschusses einig. Konsens bestand auch zu dem Punkt, dass wissenschaftliches Fehlverhalten nicht allein im Anti-Plagiatsoftware zu bekämpfen ist und sich überdies nicht nur an Plagiaten festmachen lässt. Das Thema hatte im Frühjahr wochenlang für Wirbel gesorgt, als die Dissertation des früheren Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und später die Promotionsarbeiten weiterer prominenter Politiker als Plagiate entlarvt worden waren. „Mit Unehrlichkeit kommt man weit“, kritisierte Debora Weber-Wulf, Professorin für Medieninformatik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, und verwies auf Ehrenretouren, Ghostwriter, Datenerfindung und Bestechung. Zur Verbesserung der Situation schlug sie unter anderem eine nationale Beratungsstelle zu Plagiat und wissenschaftli-

chem Fehlverhalten vor, außerdem eine „schonungslose Transparenz und Offenheit“ hinsichtlich wissenschaftlicher Prozesse und Ergebnisse und die Eindämmung der „ausufernden Publikationsliste“. Als besonders problematisch nannte Professor Stefan Hornbostel vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung die ungelagerte Erfassung von Promovierenden. Dies habe zur Folge, dass es keine belastbaren Aussagen über die Zahl der Promovierenden, über Abbrüche und Promotionsdauer gebe. Auch gebe es keinen „zuverlässigen Überblick über die Intensität wissenschaftlichen Fehlverhaltens“, ergänzte Wolfgang Löwer, Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaftsrecht in Bonn und Sprecher der Beratungs- und Vermittlungseinrichtung „Ombudsman für die Wissenschaft“. „Wir brauchen keine weiteren Sanktionen, wir brauchen mehr Prävention“, sagte Annette Schmidtmann von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das wissenschaftliche Arbeitsklima müsse verbessert werden. **tyh**

Was Polizisten (nicht) tragen sollen

INNERES Die Berliner Polizei hat sie, für Bundespolizisten gilt sie nicht: An der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte scheiden sich die Geister. Das war auch bei einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses in der vergangenen Woche nicht anders, bei der es um einen Antrag der Linksfraktion (17/4682) ging, die Kennzeichnungspflicht auch für Angehörige der Bundespolizei einzuführen. So nannte der frühere Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch als Hauptgrund für die Einführung einer individuellen Kennzeichnung bei der Hauptstadt-Polizei die Überzeugung, dass dies eine „selbstverständliche Geste der Service- und Kundenorientierung“ sei. Polizeiliches Handeln im Rechtsstaat müsse „transparent und nachvollziehbar“ sein. Wer von polizeilichen Maßnahmen betroffen sei, habe ein Anspruch, „grundsätzlich zu wissen, wer in seine Rechte eingreift“. Professor Rafael Behr von der Hochschule der Polizei Hamburg argumentierte, es sei viel schwerer, einen eindeutig identifizierbaren Polizisten fälschlicherweise einer Straftat zu

bezichtigen als eine unbekannte Gruppe. Joachim Rahmann von der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation Amnesty International wiederum sah in der Kennzeichnungspflicht eine Vorbedingung für effektive Ermittlungen bei Vorwürfen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung durch Polizisten. Dagegen vermochte Rüdiger Reedwich von der DPoG-Bundespolizeigewerkschaft keine Notwendigkeit für eine solche Kennzeichnungspflicht zu erkennen. Er warnte, auch einprägsame Nummernkombinationen könnten missbräuchlich verwendet werden. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Wittmann, betonte, seine Organisation sei „auf dem Weg zu sagen“, sie habe kein Problem damit, wenn Kollegen auf freiwilliger Basis ein Namensschild tragen. Zu einer Kennzeichnungspflicht sage sie dagegen ein „klares Nein“. Auch der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Jürgen Schubert, plädierte dafür, es beim freiwilligen Tragen einer Kennzeichnung zu belassen. **sto**

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.***

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Opfer auf dem Schirm

STREITKRÄFTE Angehörige der Bundeswehr und der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR, die durch ihre Arbeit an Radaranlagen gesundheitliche Schäden davongetragen haben, werden künftig über eine extra zu diesem Zweck eingerichtete Stiftung oder einen Fonds entschädigt. Das beschloss der Bundestag am vergangenen Donnerstag, indem er einem gemeinsamen Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen (17/7354) zustimmte.

Darin wird gefordert, die Einrichtung einer solchen Stiftung oder die Beteiligung an einer schon bestehenden Stiftung zu prüfen. Auf diese Weise könne in besonderen Härtefällen auch außerhalb des geltenden Versorgungsrechts eine gewisse Unterstützung möglich gemacht werden, heißt es in der Vorlage. Ungeachtet rechtlicher Verpflichtungen sollen die Gerätehersteller an einem solchen Fonds oder einer Stiftung beteiligt werden. Darüber hinaus verlangen die Abgeordneten, die Entscheidungen der 2002 eingesetzten sogenannten Radarkommission „eins zu eins“ umzusetzen.

In der von großer Einigkeit geprägten Debatte verwies der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), darauf, dass sich das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr grundsätzlich bereit erklärt habe, eine solche Stiftung unter seinem Dach einzurichten. Ulrich Meßmer (SPD) sagte, man habe eine „klare Verbesserung der jetzigen Situation“ erreicht. Burkhardt Müller-Sönksen (FDP) begrüßte, „dass wir keinen Unterschied zwischen Bundeswehr und NVA machen“. Harald Koch (Die Linke) lobte die sachliche Zusammenarbeit, bedauerte aber, dass seine Fraktion von dem Antrag ausgeschlossen wurde. Agnes Malczak (Grüne) forderte eine zügige Umsetzung des Parlamentsbeschlusses. Auch Karin Strenz (CDU) mahnte angesichts des Alters vieler Betroffenen zu schnellem Handeln. *che*



Die Entscheidung zwischen den zwei Pässen ist nicht leicht: deutsche und türkische Jugendliche bei einem Fest in Berlin.

Wieder Streit um Doppelpass

STAATSBÜRGERSCHAFT Die Opposition scheidet mit Vorstößen für Erleichterungen bei der Einbürgerung

Si war schon 1999 eines der großen Aufregerthemen in der deutschen Politik, und noch heute scheiden sich an ihr die Geister: die doppelte Staatsbürgerschaft. Das zeigte sich auch am vergangenen Donnerstag im Bundestag, in dem die Oppositionsfraktionen von SPD, Die Linke und Grünen mit Vorstößen für Erleichterungen bei der Einbürgerung von Ausländern scheiterten. In namentlicher Abstimmung votierten 308 Parlamentarier gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (17/773). 278 Abgeordnete stimmten dafür; es gab eine Enthaltung. Auch einen Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion (17/3411) zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts lehnte das Parlament ebenso wie einen Antrag der Linksfraktion (17/2351) mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP ab.

Kompromiss von 1999 Alle drei Vorlagen zielten unter anderem auf eine Abkehr vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit, auf eine Verkürzung der Fristen für die Einbürgerung sowie auf einen Verzicht auf das sogenannte Optionsmodell ab. Danach müssen sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit Erreichen der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden.

Eingeführt wurde dieses Modell 1999 bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter Rot-Grün, bei der das Abstammungsprinzip um das Geburtsortsprinzip (ius soli) ergänzt wurde: Wer in Deutschland geboren wird, hat damit unabhängig von der Nationalität der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. Da SPD und Grüne aber bei der Hessen-Wahl im Frühjahr 1999 ihre Mehrheit im Bundesrat verloren hatten, kam es als Kompromiss bei der Reform zu dem Optionsmodell. In Zuge des Optionsmodells konnten durch eine Übergangsregelung auch Kinder, die am 1. Januar 2000 noch nicht zehn Jahre alt waren, auf Antrag eingebürgert werden – davon machten 50.000

Gebrauch, wie der CDU-Abgeordnete Ingo Wellenreuther in der Debatte erläuterte: „Die ersten dieser Kinder wurden somit im Jahr 2008 18 Jahre alt und müssen sich deshalb bis spätestens 2013 entscheiden.“ Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), warf SPD und Grünen vor, die 1999 eingegangenen Kompromiss aufzukündigen. Damals sei Rot-Grün noch bereit gewesen, mit der Optionspflicht an der Vermeidung von Mehrstaatigkeit festzuhalten. Nun seien die ersten betroffenen Kinder in das „optionspflichtige Alter“ gekommen, doch wollten SPD und Grüne die Optionsregelung abschaffen, „obwohl noch kein einziges Kind aus der ius-soli-Regelung das Ende der Optionsfrist erreicht hat“. Schröder verwies darauf, dass die Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge derzeit eine Untersuchung zur Optionsregelung und zum Einbürgerungsverhalten vornehme. Deren Ergebnisse, die in der ersten Hälfte des nächsten Jahres vorlägen, müsse man abwarten, um eine sachliche Diskussion führen zu können.

Grundprinzip verteidigt Der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer betonte, Deutschland sei gut damit gefahren, dass es im Staatsangehörigkeitsrecht das Grundprinzip der Mehrstaatigkeit zu vermeiden. Eine Einbürgerung könne nur am Ende eines erfolgreich abgeschlossenen Integrationsprozesses stehen und nicht an dessen Anfang, argumentierte er. Mayer und der FDP-Parlamentarier Hartfried Wolff plädierten ebenfalls dafür, die Ergebnisse der Evaluierung abzuwarten. Die FDP habe seinerzeit das Optionsmodell vorgeschlagen, um eine Öffnung des Staatsangehörigkeitsrechts, „in Richtung auf das ius soli zu ermöglichen“, sagte Wolff. Es mache „keinen Sinn, ein Gesetz zu ändern, für dessen Wirkung es praktisch noch keine verwertbaren Daten gibt“. Dem hielt der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic entgegen, dass es „keine fürsorgliche liberale Position“ sei, „50.000 junge Men-

schen mit Ausbürgerung zu konfrontieren und dann erst über den Sinn dieser Regelung zu entscheiden“. Kilics Fraktionsvorsitzende Renate Künast sagte mit Blick auf den jüngst begangenen 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens, dass heute „die Kinder der Einwanderer zu Auswanderern“ würden, weil gut gebildete junge Türken ihre berufliche Karriere besser in Brüssel oder Istanbul weiterführen könnten. Die Koalition gebe jungen Leuten, die schon lange hier leben, „nichts als einen Optionszwang, statt zu sagen: Ja, wir wollen, dass Sie hier bleiben“.

»Regelung funktioniert nicht« Auch SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier warnte davor, jungen Menschen eine Entscheidung abzuverlangen, „die sie ganz offenbar nicht in der Lage sind zu treffen“. Die Optionsregelung funktioniere nicht und könne deshalb nicht einfach weitergeführt werden. Wer Integration ernst nehme, müsse bereit sein, über Staatsangehörigkeit zu sprechen, mahnte Steinmeier. Und seine Fraktionskollegin Aydan Özoguz verwies darauf, dass laut Statistischem Bundesamt im vergangenen Jahr bei 53 Prozent der Einbürgerungen Mehrstaatigkeit hingenommen worden sei.

Für die Linksfraktion beklagte ihre Parteivorsitzende Gesine Lötzsch, dass in Deutschland immer weniger Menschen eingebürgert würden. SPD, Grüne und FDP hätten 1999 ein Gesetz beschlossen, „das sich in einem ganz wesentlichen Punkt zum Einbürgerungsverhinderungsgesetz entwickelt hat“. Dies müsse korrigiert werden, forderte Lötzsch und verwies darauf, dass in europäischen Ländern mit hoher Einbürgerungsquote Mehrstaatigkeit generell erlaubt sei. Man müsse sich jetzt für die Menschen entscheiden, die seit Jahren in Deutschland leben. Lehne die Koalition die Oppositionsvorlagen ab, schaffe sie „neue Mauern zwischen den Menschen“, verhindere die demokratische Teilhabe von Millionen Menschen und befördere „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“. *Helmut Stoltenberg*

Von Familienmodellen und Fehlanreizen

FAMILIE Das Betreuungsgeld sorgt für eine erregte Debatte

Es war der FDP-Familienexpertin Miriam Gruß sichtlich unangenehm, von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier an ihre früheren Aussagen zum Betreuungsgeld erinnert zu werden: Monatelang hatte sich die FDP gegen die CSU-Forderung gesperrt, Eltern, die ihre unter dreijährigen Kinder daheim betreuen statt in eine Kindertagesstätte zu bringen, dafür eine Prämie zu zahlen. Gruß hatte noch im Oktober gesagt, ihre Partei sei „absolut gegen diese Leistung“. Nun hat die Koalition eben diese Leistung beschlossen: 100 Euro soll es ab 2013 monatlich für Eltern geben, die ihre Kinder im zweiten Lebensjahr daheim betreuen. Ab 2014 soll der Betrag auf 150 Euro steigen und bis zum dritten Geburtstag gezahlt werden. Entsprechend schwer fiel es Gruß vergangenen Mittwoch in der Aktuellen Stunde des Bundestags, den Beschluss positiv darzustellen. Die FDP-Bedenken seien „bekannt“, sagte sie; es komme nun auf die „konkrete Ausgestaltung“ des Betreuungsgeldes und die „Vermeidung von Fehlanreizen“ an.

»Überleben der CSU« Was solche Fehlanreize sein könnten, machte die Opposition in der emotional geführten Debatte deutlich. Mit dem Betreuungsgeld setze Schwarz-Gelb die Chancen der Kinder auf Schwarz, „die der Betreuung in öffentlichen Einrichtungen am dringendsten bedürfen“, kritisierte Steinmeier. Man sei sich in den Debatten um den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei einig gewesen, dass bei der Integration der türkischen Arbeiter vieles versäumt worden sei – und dass es heute vor allem darum gehe, Kinder aus Migrantenfamilien mit ausreichenden Sprachkenntnissen in die Schulen zu bekommen. Doch ohne frühkindliche Bildung gehe dies nicht.

Grünen-Fraktionsvize Ekin Deligöz kritisierte, beim Betreuungsgeld gehe es weniger um die Zukunftschancen von Kindern als um „das Überleben der CSU“. Es sei der Union in einer Anhörung des Bundestags nicht gelungen, einen einzigen Experten zu finden, der das Betreuungsgeld verteidigt hätte. Sie sitze einem „Trugbild konservativer Natur“ auf und manifestiere „längst überholte Rollenbilder“. Das klassische Familienmodell werde bereits durch das Ehegattensplitting, die kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Sockelbetrag für Hausfrauen beim Elterngeld unterstützt. Sie erwarte nun von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) ein „überzeugen-

deres Auftreten“, wenn es um den Kita-Ausbau gehe. Bei diesem Ausbau sei das „Ping-Pong“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein „Spielchen auf dem Rücken der Kinder“, das beendet werden müsse. Für Die Linke sagte ihr Abgeordneter Ralph Lenkert, eine zeitige und gute frühkindliche Bildung, wie sie in Kindertagesstätten geboten werde, erhöhe das Bildungsniveau. Er warf der Koalition vor, sie unterstelle Eltern, die Familienleben mit Berufstätigkeit verbinden, ihre Kinder nicht zu erziehen.

Die Union betonte hingegen, erst das Betreuungsgeld ermögliche wirkliche Wahlfreiheit. Sie finde die „ideologische Debatte“ um die Lebensentwürfe von Familien „unerträglich“, sagte Ressortchefin Schröder. Das Betreuungsgeld als „Herdprämie“ zu bezeichnen, sei eine „Unverschämtheit“. Eltern verdienten unabhängig vom gewählten Lebensmodell Wertschätzung; das Betreuungsgeld bringe „mehr Anerkennung für die Erziehungsleistung“ derer, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Die gestaffelte Einführung der Leistung trage ihrer Forderung Rechnung, angesichts der Haushaltslage bei der Umsetzung realistisch zu bleiben; die nun gewählte Form sei „finanzierbar und praktikabel“.

Nicht unter Generalverdacht Schröder räumte ein, dass es Familien gebe, bei denen eine frühe Förderung in Kindertageseinrichtungen für die Entwicklung der Kinder besser wäre. Es wäre aber „anmaßend“, Eltern unter Generalverdacht zu nehmen und ihnen zu unterstellen, sie könnten ihre Kinder nicht gut selbst fördern. Die CSU-Familienexpertin Dorothee Bär mahnte, junge Eltern dürften sich nicht für ihr Familienbild rechtfertigen müssten. Die Kritik vor allem der SPD rühre daher, dass diese fürchte, „die Lufthoheit über den Kinderbetreuungs verlieren“.

Auch wenn die Einführung des Betreuungsgeldes von der Koalition nun beschlossen ist: Der Streit um seine Ausgestaltung hat erst begonnen. Während Schröder im Bundestag unterstrich, die Leistung solle „auch Mütter unterstützen, die berufstätig sind“, ging FDP-Generalsekretär Christian Lindner in einem Interview davon aus, „dass Teilzeitmütter oder teilzeiterwerbstätige Elternteile“ nicht einbezogen seien. Zugleich forderte er, das Betreuungsgeld bei Hartz-IV-Empfängern auf die staatlichen Leistungen anzurechnen. Wirklich glücklich scheint nur die CSU. Parteichef Horst Seehofer stellte fest: „Besser hätte es nicht gehen können.“ *Susanne Kailitz*

»Sie manifestieren Rollenbilder, die längst überholt sind.«

Ekin Deligöz (Grüne)

»Wir stehen für die echte Wahlfreiheit bei der Erziehung.«

Alexander Dobrindt (CSU)

Ohne Hürde nach Europa

WAHLRECHT Karlsruhe kippt Sperrklausel bei EP-Wahlen

In gewisser Weise passt dieser Richterspruch ganz gut zum Motto der Europäischen Union: „In Vielfalt geeint“ lautet dieses, und zumindest dem Europäischen Parlament (EP) dürfte das Bundesverfassungsgericht mit seiner vergangene Woche verkündeten Entscheidung noch etwas mehr Vielfalt als bisher schon beschert haben: Die Karlsruher Richter erklärten die bei der Europawahl 2009 geltende Fünf-Prozent-Hürde für verfassungswidrig, wenn auch nicht den damaligen Umengang für ungültig (2 BvC 4/10, 2 BvC 6/10, 2 BvC 8/10). Damit dürften bei künftigen EP-Wahlen mehr deutsche Parteien als bisher in das Parlament einziehen – 2009 wären es ohne die Sperrklausel sieben zusätzliche Parteien aus Deutschland gewesen. Derzeit sind im EP mehr als 160 Parteien vertreten.

Nach der mit fünf zu drei Richterstimmen ergangenen Entscheidung bewirkt die Sperrklausel eine Ungleichgewichtung der Wählerstimmen: Stimmen für kleinere Par-

teien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, bleiben „ohne Erfolg“. Zugleich werde durch die Sperrklausel der Anspruch der Parteien auf Chancengleichheit beeinträchtigt, heißt es in dem Urteil. Darin verweisen die Richter darauf, dass die Fünf-Prozent-Klausel bei Bundestagswahlen ihre Rechtfertigung im Wesentlichen darin finde, „dass die Bildung einer stabilen Mehrheit für die Wahl einer handlungsfähigen Regierung und deren fortlaufende Unterstützung nötig ist und dieses Ziel durch eine Zersplitterung des Parlaments in viele kleine Gruppen gefährdet wird“. Das EP wähle dagegen keine Unionsregierung, die auf seine fortlaufende Unterstützung angewiesen wäre.

Debatte um Bundesregelung Der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses des Bundestages, Thomas Strobl (CDU), nannte es „wichtig, dass das Gericht ausdrücklich eine Unterscheidung zwischen der Fünf-Prozent-Hürde auf europäischer Ebene und der entsprechenden Regelung für den Bundestag vorgenommen hat“. Und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fand „Schlussfolgerungen völlig daneben, die nun für den Deutschen Bundestag oder für die Landtage ähnliche Regelungen zum Gegenstand hätten“. Demgegenüber kündigte Linksfraktionschef Gregor Gysi eine Prüfung entsprechender juristischer Schritte an: „Wir werden dann den gehen, der am ehesten als zulässig erscheint und mit dem wir dann auch zum Bundesverfassungsgericht kommen“, sagte er. *sto*



Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg

KURZ NOTIERT

SPD will Entwicklung in Subsahara-Afrika fördern

Die SPD-Fraktion möchte die Entwicklung in Subsahara-Afrika durch die Stärkung der Menschenrechte fördern. In einem Antrag (17/7370), der am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, fordert sie die Bundesregierung unter anderem auf, vorrangig die menschenrechtlichen Ziele ihres Afrika-Konzepts zu verfolgen und auch bei der Umsetzung des Zweiten Aktionsplans der EU-Afrika-Strategie einen besonderen Stellenwert auf die menschenrechtlich relevanten Bereiche zu legen. Zudem soll die Regierung zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen und die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. *tyh*

Kommunale Nachnutzung von Bundeswehrstandorten

Die im Zuge der Bundeswehrreform aufgegebenen Standorte der Bundeswehr sollen nach dem Willen der Fraktion Die Linke kommunal genutzt werden. Die Fraktion fordert die Bundesregierung in einem entsprechenden Antrag (17/7504) auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, dessen Ziel die sinnvolle, wirtschaftliche und zivile Nachnutzung von militärischen Standorten ist. Ein entsprechendes Konversionsprogramm solle einen „fairen, dauerhaften Lastenausgleich, zwischen Bund, Ländern und Kommunen“ gewährleisten. Hierzu sei es notwendig, den Kommunen als erstes den Zugriff auf die Immobilien und Grundstücke der geschlossenen Standorte zu ermöglichen. Es müsse sichergestellt werden, dass die „Realisierung gesamtgesellschaftlicher Interessen“ bei der Veräußerung der Liegenschaften im Vordergrund stehe. *amr*

Anerkennung Ilse Stöbes als Widerstandskämpferin

Ilse Stöbe soll als Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus anerkannt werden. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/7488). Ihr Name soll im Rahmen eines Festaktes auf der Ehrentribüne der Widerstandskämpfer im Auswärtigen Amt (AA) veröffentlicht werden. Stöbe arbeitete in der Zeit des Nationalsozialismus in der Informationsabteilung des Amtes. Die Linke beruft sich auf eine vom AA in Auftrag gegebene Studie, nach der es längst „überfällig“ sei, die Widerstandstätigkeit einer Frau zu ehren, die „als eine der ganz wenigen Deutschen“ versucht hätte, die Sowjetunion vor dem Überfall Hitler-Deutschlands zu warnen. *bob*

Rechtsstaatlichkeit in Russland

„Rechtsstaatlichkeit in Russland“ lautet eine große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/7541). Derzeit werde zwischen Russland und der Europäischen Union über die genauen Inhalte und einen Zeitrahmen für die angestrebte Modernisierungspartnerschaft diskutiert. Die Partnerschaft mit Russland sehe außerdem Rechtsstaatlichkeit als zentrales Element der Kooperation vor. Die Grünen fragen deshalb, ob die Bundesregierung die Einschätzung des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew teilt, „dass die Richterschaft in Russland dermaßen korrupt ist, dass eine ‚Selbstreinigung‘ nicht möglich ist“. *bob*



Mitglieder der afghanischen Nationalpolizei nehmen gemeinsam mit Bundeswehrsoldaten zwei mutmaßliche Taliban-Kämpfer fest.

Abzug – aber keine Abkehr

AFGHANISTAN Die Regierung will Bundeswehr-Engagement reduzieren – Die Linke fordert sofortiges Ende

Um 14.45 Uhr lief am vergangenen Donnerstagmittag eine Eil-Meldung über die Ticker: Fast 1.000 weniger Bundeswehrsoldaten in Afghanistan bis Anfang 2013. Während der Bundestag über einen Antrag der Fraktion Die Linke diskutierte, alle Soldaten abzuziehen, nahm hinter den Kulissen die Entwicklung an Fahrt auf. Anfang nächsten Jahres solle die Zahl von derzeit 5.350 Soldaten in neuen Afghanistan-Mandat auf 4.400 Soldaten sinken. Das schlugen Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) den Vorsitzenden der fünf Bundestagsfraktionen vor. Der Nato will die Kontrolle der Sicherheit am Hindukusch bis 2014 an die afghanischen Kräfte übergeben. Bis dahin soll der Abzug aller Kampftruppen abgeschlossen sein. Deutsche Truppen sind seit zehn Jahren Teil der ISAF (International Security Assistance Force). Das Kabinett wird sich voraussichtlich im Dezember mit dem neuen Mandat für den Bundeswehr-Einsatz befassen. Im Januar des nächsten Jahres ist dann mit der Abstimmung zu rechnen.

Greifbare Nähe Ernst-Reinhard Beck (CDU) erklärte, die Hoffnung, dass die deutschen Kampftruppen bis 2014 vollständig abziehen können, sei in greifbarer Nähe gerückt: „Unsere Soldaten haben erheblich zum Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte und der damit verbundenen Verbes-

serung der Sicherheitslage vor Ort beigetragen.“ Und sein Koalitionspartner Rainer Stinner von der FDP-Fraktion fügte an, dass die Bundesregierung es ernst mit der Umsetzung der Abzugsperspektive nehme. SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Erler verwies darauf, dass es die SPD gewesen sei, die sich bereits im Vorfeld der letzten Mandatsverlängerung für die Festschreibung der Reduzierung des deutschen Bundeswehrkontingents ausgesprochen habe. „Die Bundesregierung war damals nur zähneknirschend bereit gewesen, diesen Schritt mitzugehen“, sagte Erler.

Langfristiges Engagement Die Truppenreduzierung ist einschneidend. Gleichzeitig übernehmen afghanische Sicherheitskräfte mehr und mehr die hoheitlichen Aufgaben im Land. Am 5. Dezember – zehn Jahre nach der Petersberger Konferenz von 2001 – kommt die internationale Staatengemeinschaft erneut in Bonn zusammen. Ziel ist es, gemeinsam mit Afghanistan das langfristige Engagement im Land zu konkretisieren und den weiteren politischen Prozess unter Hamid Karzai zu befördern.

Drei Themenbereiche werden die Konferenz prägen: die zivilen Aspekte der Verantwortungsübergabe an die afghanische Regierung bis 2014; das langfristige Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan nach diesem Jahr und der politische Prozess, der zu einer dauerhaften Stabilisierung des Landes führen soll. Insgesamt werden etwa 90 Delegationen mit 1.000 Teilnehmern erwartet. Den Vorsitz führt Afgha-

nistan; Deutschland ist Gastgeber der Konferenz. Die Fraktion Die Linke bekräftigte am Donnerstag ihre Forderung nach einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Jeder Tag, an dem der Krieg fortduere, koste Menschen Leben und Gesundheit und mindere

wehresatzes in den vergangenen zehn Jahren seien mittlerweile dreifach so hoch anzusetzen wie sie von den Bundesregierungen jeweils ausgewiesen wurden. Robert Hochbaum (CDU) verwies in der Debatte auf die Konferenz Anfang Dezember in Bonn: Dort gelte es, die Weichen für

Akteur könne Frieden und Sicherheit hierzulande allein gewährleisten, argumentierte Hochbaum. Der CDU-Parlamentsabgeordnete warnte vor einem Rückfall: Man dürfe eine direkte Gefährdung nicht wieder zulassen. Alle Anstrengungen würden dann als vergeblich eingestuft.



Der afghanistische Präsident Hamid Karzai

die Chancen auf Frieden. Die Ergebnisse des Krieges machten es „überdeutlich“, dass der Konflikt militärisch nicht zu lösen sei, heißt es in dem Antrag der Linksfraktion (17/7547). Die Strategie der Nato und damit auch die der Bundeswehr in Afghanistan sei gescheitert. Die Kosten des Bundes-

„ein sicheres und stabiles Afghanistan zu stellen“. Natürlich wüsste man, dass es in dem Land am Hindukusch keine rein militärische Lösung geben könne. „Darum ist die militärische Komponente nur ein Teil des Konzeptes der vernetzten Sicherheit.“ Denn kein

Mit Taliban verhandeln Der SPD-Abgeordnete Johannes Pflug warf der Linksfraktion vor, seit Beginn des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan fast „gebetsmühlenartig“ zu wiederholen: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“. Damit würde man der aktuellen Situation aber nicht gerecht. Trotz der Erfolge bei der Ausbildung seien beispielsweise die afghanischen Sicherheitskräfte ohne internationale Truppen noch nicht in der Lage, die Sicherheit in Gesamt-Afghanistan zu gewährleisten. Pflug fügte hinzu: „Wir wissen nicht, wann sie es sein werden.“ Richtig sei, dass viele Dinge in Afghanistan nicht zum Besten stünden. Aber am schlimmsten für das Land wäre zweifellos ein unredlicher, überstürzter Abzug. Der FDP-Abgeordnete Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass die Konferenz in Bonn von afghanischer Seite mit „strategischer Bedeutung“ gesehen werde. Er zeigte sich überzeugt, dass die Zukunft Afghanistans „massiv“ beeinflusst würde.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprach sich ihr Abgeordneter Hans-Christi Ströbele dafür aus, Zeichen zu setzen. Man müsse nach der Erklärung eines Waffenstillstandes auf die Taliban zugehen und mit ihnen verhandeln. *Bernard Bode*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Westerwelle will EU-Konvent

EUROPA Für eine Änderung der EU-Verträge hat sich Außenminister Guido Westerwelle (FDP) am vergangenen Mittwoch im Europa-Ausschuss des Bundestages ausgesprochen. „Die Lage in Europa kann in ihrer Ernsthaftigkeit sicher nicht unterschätzt werden“, sagte Westerwelle. Es gehe um mehr als ein kurzfristiges Krisenmanagement. Im Oktober war in Medienberichten Westerwelles Überlegungen bekannt geworden, denen zufolge er den Rettungsschirm EFSF zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen wolle. Es gelte nicht nur, „eine Brandmauer zu ziehen, damit das, was in anderen Ländern stattfindet, nicht zu uns überschwappt“. Wichtig sei es, Europa weiterzuentwickeln. Er halte beispielsweise eine deutliche Stärkung der EU-Kommission für denkbar. „Das bedeutet aber auch, dass wir uns mit der Idee auseinandersetzen müssen, Hoheitsrechte abzugeben.“ Westerwelle sprach sich im Europaausschuss dafür aus, einen Konvent einzuberufen, der Vertragsänderungen ausarbeiten soll. Darin sollen unter anderem Vertreter der nationalen Parlamente und des EU-Parlaments sitzen. Er plädierte dafür, alle EU-Mitgliedstaaten einzubeziehen, nicht ausschließlich die 17 Euro-Länder. Wenn der Konvent „sachlich limitiert“ werde, könne er in kurzer Zeit zu einem Ergebnis kommen.

Die Unionsfraktion sprach sich für eine Verschärfung des Stabilitätspaktes aus. „Ich begrüße es, dass Sie sich so deutlich für einen Konvent ausgesprochen haben, bitte aber zu beachten, dass dieser Konvent auch noch was zu entscheiden hat“, sagte ein Unions-Abgeordneter. Die FDP unterstützte Westerwelle ausdrücklich: „Aus dem Kuschelkurs mit Defizit-sündern werden wir nur herauskommen, wenn wir hart durchgreifen.“ Nötig seien starke Institutionen, etwa eine starke EU-Kommission. Die Oppositionsfraktionen kritisierten die Informationspolitik des Auswärtigen Amtes. Von Westerwelles Vorschlägen hätten sie zuerst in den Medien erfahren. „Ich bin das langsam müde, dass wir das immer wieder betonen müssen“, sagte ein SPD-Abgeordneter mit Blick auf die Beteiligung des Bundestages an EU-Entscheidungen. Grundsätzlich begrüßten die Sozialdemokraten das Papier. Das Mandat des Konventes sollte noch besprochen werden, eine stärkere Beteiligung der Parlamente sei notwendig. Die Linksfraktion warb dafür, die „Sozialstaatlichkeit nicht außer acht zu lassen“. Allein auf den Stabilitätspakt zu setzen, sei falsch. Die Grünen sprachen sich für einen ausgedehnten Konvent mit Beteiligung der Zivilgesellschaft aus: „Trauen sie sich doch, einen zweistufigen Konvent zu machen.“ *ske*

Beitrittsperspektive für Balkan-Land

BOSNIEN UND HERZEGOWINA Bundeswehr-Mission soll um ein Jahr verlängert werden

Deutschland soll weiter an der EU-geführten Mission „Althea“ zur Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina teilnehmen. Die bislang bis 21. November 2011 laufende Mission soll um ein weiteres Jahr verlängert werden. Dafür sollen maximal 800 Soldaten eingesetzt werden, heißt es in einem Antrag der Bundesregierung (17/7577). Die Kosten betragen für den genannten Zeitraum insgesamt etwa 6,8 Millionen Euro. Die Regierung schreibt unter anderem, sie habe großes Interesse an der Stabilisierung des Landes in seiner Entwicklung hin zu einem friedlichen und demokratischen Rechtsstaat, der selbstständig die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger gewährleisten kann und der den Weg in euro-atlantische Strukturen aus eigener Kraft geht. Deshalb unterstütze sie die politischen, militärischen und zivilen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft und der EU, einen Beitrag zu leisten, staatliche Strukturen in Bosnien-Herzegowina zu schaffen.

Grundsätzlich stabil Wie die Bundesregierung weiter ausführt, ist die militärische Sicherheitslage im Moment „derzeit grundsätzlich stabil“. Es sei davon auszugehen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner nächsten Resolution zu Bos-

nien-Herzegowina, die noch für diesen Monat erwartet werde, die Bereitschaft der EU begrüßen werde, das Land bei der Aufrechterhaltung eines sicheren und geschützten Umfelds im Land weiter zu unterstützen. Unter Berücksichtigung der (sicherheits-)politischen Lageentwicklung strebe die Bundesregierung die Weiterentwicklung von „Althea“ in eine „nicht-exekutive Beratungs- und Unterstützungsmission“ mit



Deutsche Soldaten in Bosnien-Herzegowina

insgesamt circa 200 Soldaten an. Diese sollen dem Land beim weiteren Aufbau seines Verteidigungsministeriums und seiner Streitkräfte beraten.

Aus eigener Kraft Außenminister Guido Westerwelle (FDP) bekräftigte, das Interesse an einer Stabilisierung von Bosnien-Herzegowina bleibe „unverändert groß“. Man müsse zusehen, dass das Land aus eigener Kraft in der Lage sei, den Weg der EU-Integration erfolgreich zu beschreiten. Thomas Kossendey (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, sagte, das Land habe ein Stück des Weges noch vor sich. Man müsse auch im Interesse der Menschen vor Ort weiter politischen Druck ausüben. Es fehle noch immer an den notwendigen Reformen. Die SPD-Abgeordnete Dietmar Nietan sagte, für die Reformkräfte, die es in der jungen Generation gebe, sei es wichtig, dass das Land die Beitrittsperspektive verlässlich erneuere. Nicht nur die EU, sondern auch die Nachbarländer müssten stärker engagieren. Inge Höger (Die Linke) wiederholte ihre Forderung nach einem Abzug der Bundeswehr aus Bosnien-Herzegowina. Und Katja Keul (Grüne) fand, dass im Land vorherrschenden Konflikte nur auf politischen Wege gelöst werden können. *bob*

Veto zur Streumunition

AUSWÄRTIGES Gegen eine Aufweichung des Verbots von Streumunition setzen sich die Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/7637) sowie Die Linke (17/7635) in zwei Anträgen ein. Sozialdemokraten und Grüne fordern, dass die Bundesregierung ein Veto gegen den aktuellen Protokollentwurf des UN-Waffenübereinkommens zu Streumunition einlegt. Sie müsse sich jedem Abkommen zu Streumunition entgegenstellen, welches einen Rückschritt gegenüber der erreichten Konvention darstellt. Hintergrund ist nach Angaben der Antragsteller, dass die Mehrzahl der Hersteller- und Besitzerstaaten, darunter die USA, China und Russland, nicht zu den Vertragsstaaten gehören. Einige davon setzen sich für neue Standards ein, welche das erreichte Abkommen für ein Verbot von Streumunition unterließen. Diese Bemühungen konzentrierten sich auf ein anderes Waffenübereinkommen, das nur ein umfassendes Verbot von Streumunition garantiert, die vor 1980 produziert wurde. Gegen völkerrechtliche Instrumente, die dem Abkommen gegen Streumunition widersprechen, spricht sich auch die Linksfraktion aus. Streumunition sei eine Waffenkategorie, die nach einem Konflikt noch jahrelang Tod, Verstimmlung und Armut der Bevölkerung verursache. *bob*



Kampf ums Klima: drei Frauen aus Nigeria, Südafrika und Papua-Neuguinea

Zeugen der Anklage

KLIMA In Durban ringt die Weltgemeinschaft in zwei Wochen um ein neues Abkommen für die nächsten Jahre. Doch für viele Menschen sind die Folgen des Klimawandels bereits jetzt bittere Realität geworden

Wer in Papua-Neuguinea lebt, bleibt zu meist ein Leben lang an einem Ort. Nicht so Gokly Kalium aus der Provinz Madang. Zweimal hat der 50-jährige Fischer seine wenigen Habseligkeiten zusammenraffen müssen, um vor dem Wasser zu fliehen. Neun große, außergewöhnliche Überflutungen hat er schon überstanden, sein Haus auf Stelzen zweimal komplett neu aufbauen müssen. „Und das Meer schließt sein Haus jetzt fast schon wieder ein“, erzählt Serafina Gigira Apung ihre Geschichte aus ihrer Heimat Papua-Neuguinea. Einem Land, das knapp über dem Meeresspiegel liegt und durch den Anstieg der Meere aufgrund der globalen Erwärmung besonders bedroht ist.

Zusammen mit Hauwa Umar-Mustapha aus Nigeria und Zukiswa Millicent Nomwa aus Südafrika ist sie auf Einladung der Organisation Oxfam aus ihrer Heimat in den sonnenreichen Herbst gekommen – in ein Land, in dem die Menschen die Folgen des Klimawandels noch nicht selbst spüren. Den Abgeordneten des Umweltausschusses des Bundestages berichten die drei Frauen, wie die globale Erwärmung für sie bereits Realität ist. „Durch Trockenheit, Bodenerosion und Überschwemmungen können wir immer weniger Nahrungsmittel produzieren“, sagt Hauwa Umar-Mustapha. Sie schätzt, dass in ihrem Land Nigeria bereits 40 Prozent weniger Nahrungsmittel geerntet werden.

Zwar stammen diese Frauen aus ganz unterschiedlichen Teilen der Erde, ihre Erfahrungen ähneln sich aber sehr. „Es sind vor al-

lem die Frauen, die unter dem Klimawandel leiden, denn sie finden kein Brennholz und kein sauberes Wasser mehr“, erzählt Zukiswa Millicent Nomwa aus Südafrika. Sie weiß von ihrer Arbeit als Mitarbeiterin einer Umweltgruppe am Rande von Kapstadt, dass unter dem Klimawandel nicht nur die ländliche Bevölkerung, sondern auch arme Städte leiden. Gegen die Dürre, die Überschwemmungen und die Stürme können die Frauen nichts tun. Trotzdem wollen sie in ihren Ländern anderen Menschen helfen, mit den Auswirkungen der Erderwärmung besser umzugehen. Das ist nicht immer einfach, sagt Hauwa Mustapha, denn „die Frauen müssen den Klimawandel erst einmal selbst verstehen“.

Zwei Welten Verstehen müssen die Abgeordneten den Klimawandel nicht mehr: Sie haben unzählige Berichte gelesen, mit Experten gesprochen und Konferenzen besucht. „Aber es ist wichtig für die Debatte, dass sie uns erzählen, wie die Realität aussieht“, sagt Frank Schwabe (SPD). Am nächsten Tag steht er vor dem Rednerpult des Plenums. Auf der Tagesordnung steht zwei Wochen vor Beginn der Klimakonferenz von Durban (Südafrika) das Thema internationale Klimapolitik. Die SPD hat eine Große Anfrage (17/4705) zum Thema gestellt. Schwabe liefert zunächst nützliche Zahlen: „Wir hatten 2010 das wärmste Jahr seit Messung der Temperatur“, sagt er – und den höchsten Anstieg der Treibhausgase. Zwar sieht auch er Fortschritte in der Klimapolitik, aber diese seien nicht ausreichend. „Wir brauchen wieder eine Führungsrolle“, fordert er. Andreas Jung (CDU) sieht hingegen viele Beweise, dass Deutsch-

land diese Rolle weiterhin „kraftvoll“ wahrnehme. So zeige gerade der Atomausstieg, dass dabei die Klimaziele „nicht in Frage gestellt worden seien“. Gleichzeitig warnt er, dass finanzielle Zusagen bei internationalen Verhandlungen wahrgenommen werden müssten. „Daran misst sich unsere Glaubwürdigkeit.“

Das Gespräch mit den Klimazeuginnen hat wahrscheinlich auch Michael Kauch (FDP) wieder darin bestärkt, dass bei den Klimaverhandlungen gerade die Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern weiter vorangebracht werden muss. Auf den Klimakonferenzen müsse daher „ein Bündel von Interessen“, sowohl außenpolitischer, als auch entwicklungspolitischer The-

men gemeinsam verhandelt werden, betont Kauch. Was den Ausgang der Verhandlungen in Durban angeht, ist die Vorsitzende des Umweltausschusses Eva Bulling-Schröter aber wenig optimistisch: „Es wird aussehen wie das Hornberger Schießen“, fürchtet die Abgeordnete der Linken. Doch sie weiß, es gibt keine Alternative: „Globale Probleme müssen auch global geklärt werden“, sagt sie. In Deutschland, fürchtet sie hingegen, würden „wichtige Weichen für die Zukunft schlicht falsch gestellt“.

Dröhnende Ratlosigkeit Der grüne Abgeordnete Hermann Ott findet, die Antwort der Bundesregierung (17/6861) zum Thema Klimapolitik offenbare „dröhnende Ratlosigkeit“. Wie seine Kollegen weiß auch er, dass es keine einfachen Antworten gibt. In Zukunft möchte er „Initiativen von unten“ stärken wie beispielsweise amerikanische Städte und Gemeinden, die beim Klimaschutz schneller vorangehen wollen als die Regierung in Washington.

Auch die Frauen aus Nigeria, Südafrika und Papua Neuguinea hoffen auf Hilfe aus Deutschland: „Deutschland ist einflussreich. Sie können etwas ausrichten“, sagt Zukiswa Millicent Momwa. Sie wünscht sich von Durban vor allem, dass konkrete Hilfen nicht wie in den vergangenen Jahren auf die nächste Konferenz verschoben werden. Es müsse jetzt gehandelt werden, denn „das ist so, als wenn man Schmutz unter dem Bett kehrt. Irgendwann stößt man immer wieder darauf.“

Annette Sach

Mehr zum Thema unter: www.ipcc.ch und www.oxfam.de

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Neue Strategie für den Wald

VERBRAUCHERSCHUTZ I Holz ist einer der wichtigsten, aber langsam nachwachsenden Rohstoffe. Forstwirte planen daher oft nur in Dekaden. Auch der Bundestag blickte in der Debatte um die Waldstrategie 2020 (17/7292) der Bundesregierung am vergangenen Freitag weit in die Zukunft. „Der Wald ist ein Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum“, sagte Cajus Caesar (CDU). Die Waldstrategie werde die Bedingungen der naturnahen Bewirtschaftung weiter verbessern und eine Chance für mehr Lebensqualität auf dem Land bedeuten. Über eine Million Arbeitsplätze seien von der Holzwirtschaft abhängig. Im Sinne der nachhaltigen Nutzung wolle die Regierung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die ökologische Verantwortung und die soziale Gerechtigkeit gleichgewichtig verbinden.

Ein Vorhaben, das Petra Crone (SPD) deutlich kritisierte: „Wälder dürfen nicht auf ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt reduziert werden.“ Schutz und Nutzung müssten in einem ganzheitlichen Konzept aufgehen. Die Sozialdemokratin vermisste konkrete Vorschläge und Finanzierungskonzepte. Auch die Vorbereitung der Waldbestände auf den Klimawandel komme zu kurz. Vorwürfe, die Christel Hapbach-Kasan (FDP) nicht stehen lassen wollte: „Die

Waldstrategie wird den Anliegen der Ökologie, Ökonomie und sozialen Verträglichkeit gerecht.“ Gegen die Kritik ihrer Vorrednerin verwies die Liberale darauf, dass viele Kompetenzen bei den Ländern lägen und eine Strategie des Bundes nicht alles vorschreiben dürfe.

Kirsten Tackmann (Die Linke) bezeichnete die vorgelegte Unterrichtung als zu harmlos: „Angesichts der sozialen und ökologischen Herausforderung ist die Strategie sehr wortkarg.“ Sie forderte die Stärkung der Forstwissenschaft, den Erhalt öffentlichen Waldeigentums und die Förderung öffentlicher Forstbetriebe.

Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) ging mit der Waldstrategie ebenfalls hart ins Gericht: „Das Papier verdient den Namen Strategie nicht.“ Konkrete Maßnahmen und Instrumente zur Verbesserung bleibe die Waldstrategie schuldig. „Es bleibt auch offen, wie bis 2020 die naturnahe Waldbewirtschaftung erreicht werden soll.“ Kritisch sah sie den sich abzeichnenden Ausbau der Holzenergiewirtschaft. „Der Rohstoff Holz wird verfeuert“, kritisierte Behm. Die sich daraus im Jahr 2020 auftuende Holzlücke von rund 30 Millionen Festmeter würde die Substanz der Wälder bedrohen. Die Unterrichtung wurde vom Plenum an die Ausschüsse überwiesen. eis II

Novelle des Pflanzenschutzrechts

VERBRAUCHERSCHUTZ II Konventionelle Landwirtschaft ist auf Pflanzenschutzmittel angewiesen. Das machte Alois Gerig (CDU) vergangenen Donnerstag in der Debatte zur Novellierung des Pflanzenschutzrechts (17/7317, 17/7369, 17/7671) deutlich, mit der europäische Bestimmungen in deutsches Recht umgesetzt wurden: „Pflanzenschutzmittel tragen wesentlich zu höheren Erträgen und zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung bei.“ Doch hinsichtlich ihres Gebrauchs herrsche in den EU-Mitgliedsländern bisher Kleinstaaterei. „Mit dem Gesetz wird ein Beitrag zur Harmonisierung der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln geleistet“, sagte Gerig. Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) forderte indes, die Abhängigkeit vom „Pestizideinsatz“ zu verringern. „Es geht nicht um harmlose Substanzen“, sagte er. „Ein modernes Pflanzenschutzgesetz muss den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren.“ Doch diesem Ziel werde der Regierungsentwurf nicht gerecht. Christel Hapbach-Kasan (FDP) stellte hingegen fest, dass bisher veröffentlichte Lebensmittelwarnungen der EU nicht Kontaminationen durch Pflanzenschutzmittel beanstanden hätten, sondern durch Bakterien. „Die Ehec-Krise

hat uns vor Augen geführt, welche Gefährdung von Bakterien ausgeht.“ Deshalb sei festzustellen, dass in der Landwirtschaft mit Pflanzenschutzmitteln bisher verantwortlich umgegangen worden sei. „Natürlich wollen wir eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, weil wir die Natur schonen wollen“, sagte sie.

Doch laut Alexander Süßmair (Die Linke) verfehle der Regierungsentwurf dieses Ziel: „Nicht jedes Mittel, das für den Acker zugelassen ist, kann für den Schrebergarten zugelassen werden.“ Das Gesetz ermögliche jedoch die Anwendung von Mitteln mit hohem Risiko auch ohne Sachkundenachweis in Gärten. „Das hätten sie regeln müssen“, sagte Süßmair in Richtung der Koalitionsfraktionen. Gustav Herzog (SPD) kritisierte, dass die Regierung sich zu viel Zeit gelassen habe, begrüßte aber, dass die EU-Vorgaben eins zu eins übernommen worden seien. Bei der Abstimmung der Novelle enthielt sich die SPD. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Entwurf ab. Ein Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/7680) für einen Mindestabstand beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu Gewässern wurde abgelehnt. eis II

Politische Zwickmühle

UMWELT Die Nachhaltigkeit stellt die Politik vor ein Dilemma: Auf der einen Seite erwarten die Bürger schnelle Ergebnisse, auf der anderen Seite sind sie oft nicht bereit, den Weg einer langen Perspektive zu gehen. Auf diese Formel brachte Daniela Ludwig (CSU) am vergangenen Donnerstag die schwierige Gradwanderung der Politik in der Debatte um eine Europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Es sei Aufgabe des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltigkeit, dem entgegenzuwirken und die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, „wie Politik, Gesetzesentwürfe und Verordnungen nachhaltiger werden können“, sagte sie.

Für die SPD kritisierte Ingrid Arndt-Brauer, dass die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen durch den parlamentarischen Beirat aber oftmals sehr formal sei. „Wir würden gerne auch inhaltlich prüfen“, erklärte sie.

Die FDP warnte sich in der Debatte gegen die Pläne der EU-Kommission, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die 2001 als Ergänzung der Lisbon-Strategie verabschiedet worden war, in der Strategie „Europa 2020“ aufgehen zu lassen. „Das ist eine abwegige Haltung der Europäischen Kommission, die der Deutsche Bundestag so nicht teilt“, sagte Michael Kauch für

seine Fraktion. Dieser Meinung schlossen sich – bei Enthaltung der Linken – auch die anderen Fraktionen in einem gemeinsamen Entschließungsantrag (17/16466) an. Grundlage des Antrags war die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat (17/7668), in dem das Gremium gefordert hatte, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie stärker in den Europäischen Institutionen zu verankern. In dem Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten die Bundesregierung daher auf, beim Europäischen Rat in Brüssel darauf zu drängen, die ambitionierte Strategie weiterzuentwickeln. Dies sollte mit einem konkreten Arbeitsauftrag an die Europäische Kommission verbunden werden.

Ralph Lenkert von der Fraktion Die Linke bezweifelte, dass die Regierung es mit der Nachhaltigkeit ernst meine, da sie „die Nachhaltigkeitsidee als Deckmantel ihrer Lobbypolitik missbraucht“. Die Arbeit des Parlamentarischen Beirates sei „derzeit eher ein Alibi“. Die Grünen zeigten sich hingegen zufrieden, dass sich die Prüfung der Nachhaltigkeit etabliert habe. Für echte Nachhaltigkeit, sagte Valerie Wilms, dürfe man sich aber nicht im „Vierjahresrhythmus treiben lassen, sondern wir müssen hier etwas Längerfristiges entwickeln“. as II

Kein Castor-Verbot

GORLEBEN I Antrag wurde abgelehnt

Der geplante Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben findet statt. Die Regierungskoalition lehnte am vergangenen Donnerstag einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/7677) und einen Antrag der Linken (17/7634) ab. Beide hatten gefordert, den Transport abzusagen, weil der Strahlenwert von 0,3 Millisievert pro Jahr überschritten werden könnte.

Vorausgegangen war ein Streit um unterschiedliche Messwerte, die von verschiedenen Einrichtungen am Zaun des Zwischenlagers gemacht worden waren. Maria Flachsbarth (CDU) erklärte, es habe zusätzliche Messungen gegeben. Alle diese Überprüfungen hätten ergeben, dass eine Überschreitung des Grenzwertes „auch bei der Einlagerung der Castoren aus La Hague wohl nicht zu erwarten ist“, sagte die Vorsitzende des Gorleben-Untersuchungsausschusses. „Es ist eben nicht unbestritten,

dass diese Messungen stimmen“, konterte daraufhin Kirsten Lühmann (SPD). Es gebe Messungen, die zeigten, wenn zusätzliche Castor-Behälter eingelagert würden, „dann droht diese Zahl überschritten zu werden“. Angelika Brunkhorst (FDP) hob hervor, dass man bei der Rücknahme der Brennelemente in der Verantwortung stehe: „Wir sind zur Rücknahme des deutschen Atom- mülls rechtlich, aber vor allen Dingen auch moralisch verpflichtet“, sagte sie.

Für Dorothee Menzner (Die Linke) ist die Tatsache, dass bei einer Belegung mit 102 der 420 geplanten Stellplätze für die Behälter die Einhaltung von Grenzwerten fraglich ist, fahrlässig.

Für die Grünen erklärte Sylvia Kotting-Uhl: Wer sich mit der Geschichte von Gorleben befasse, treffe auf das Prinzip: „Was nicht passend ist, wird gemacht. Oder es werde, solange gemessen, bis es passt.“ as II

Nordost vor Südwest

GORLEBEN II Kontroverse über früheres Erkundungsprogramm im umstrittenen Zwischenlager

Beim Gorleben-Untersuchungsausschuss gelangten die geladenen Zeugen und Sachverständigen erneut zu unterschiedlichen Auffassungen über das Erkundungsprogramm des umstrittenen Zwischenlagers. Im Detail diskutiert wurde dort am vergangenen Donnerstag der sogenannte Rahmenbetriebsplan für die Erkundung des Gorlebener Salzstocks. Auf der einen Seite wurde dazu Henning Rösel, ehemaliger Vizepräsident des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) als Zeuge gehört – auf der anderen Seite Detlef Apel, selbstständiger Berater und Gutachter.

„Das Konzept von 1982 hat sich nicht geändert, bis heute“, sagte Rösel. Änderungen habe es indes beim Vorgehen gegeben. „Wir sind im zu erkundenden Gelände gen Nordost gegangen. Nach Südwest konnten wir nicht, da die Besitzer der Salzrechte uns dies verwehrten.“ Zwar seien Enteignungen

diskutiert worden, „wir sind aber im Ergebnis zur Überzeugung gekommen, dass Enteignungen nicht möglich sind“, erklärte Rösel vor den Abgeordneten.

„Für den Nordost er- kundet werden.“ Man habe den parallelen Ansatz nicht mehr verfolgt, Nordost und Südwest zugleich zu erkunden. „Die Entscheidung sollte nach der Erkundung des Nordostflügels fallen, ob und wie weit nach Südwesten gegangen werden soll“, erklärte Rösel.

Der Einschätzung Rösel widersprach der Geologe Detlef Apel. „Bei Gorleben habe ich meine Zwei-

fel“, sagte der 68-Jährige. Fehlende Salzrechte bildeten kein Argument für eine Reduzierung des Erkundungsprogramms.



Die Erkundung der Grenzen von Gorleben ist umstritten.

„Das kann doch nur dann hinnehmbar sein, wenn es keine andere Option gibt. Aber vor der Situation stehen wir nicht.“ Appel forderte, eine Erkundung müsse thematisch und räumlich umfassend angelegt sein. „Ohne genaues Nachgucken kann man in Gorleben keine umfassende Sicherheit gewinnen.“ So blieben bei Gorleben noch Fragen offen. Wegen der Gasfunde müsse etwa geklärt werden, ob es Wandermöglichkeiten von Kohlenwasserstoffen gebe. „Auch muss Klarheit herrschen, wo Gefahrenbereiche durch Gesteinskörper wie das brüchige Anhydrit liegen.“

Der Gorleben-Untersuchungsausschuss geht der Frage nach, ob es bei der Entscheidung der Bundesregierung, sich bei der Suche nach einem Endlager für Atom- müll auf den Standort Gorleben zu beschränken, zu politischen Einflussnahmen oder Manipulationen gekommen ist. Jan Rübel II



Aufmerksam auf dem Weg zur Schule: Verkehrssicherheitsberater der Polizei zeigen ABC-Schützen, wie es geht.

Ausgaben steigen leicht

HAUSHALT Der Bund soll im kommenden Jahr 306,2 Milliarden Euro ausgeben können. Das beschloss der Haushaltsausschuss am vergangenen Freitagmorgen gegen 3 Uhr nach rund zehnstündiger Beratung in der sogenannten Bereinigungssitzung. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2012 (17/6600) stimmten in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung die Koalitionfraktionen von CDU/CSU und FDP; die drei Oppositionsfraktionen SPD, Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen lehnten ihn ab. Damit erhöhten die Abgeordneten die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 200 Millionen Euro. In diesem Jahr sollen die Gesamtausgaben des Bundes 305,8 Milliarden Euro betragen. Demgegenüber konnte der Ausschuss die für 2012 von der Regierung geplante Neuverschuldung reduzieren. Diese soll im kommenden Jahr 26,1 Milliarden Euro betragen. Im Entwurf waren noch 27,2 Milliarden Euro vorgesehen. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass die tatsächliche Nettokreditaufnahme in diesem Jahr geringer ausfallen wird. Durch die Schuldenbremse ist 2012 eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 40,49 Milliarden Euro möglich. Für Investitionen hat der Ausschuss im kommenden Jahr 26,86 Milliarden Euro bereitgestellt. Das sind 464 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf (26,39 Milliarden Euro). Die Einnahmen aus Steuern sollen 2012 insgesamt 249,19 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,84 Milliarden Euro mehr als die Regierung vorgesehen hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung. Die größten Veränderungen gibt es im Etat des Bundesverkehrsministeriums. Dort wurden die Ausgaben um insgesamt 593,36 Millionen Euro erhöht. Weitere 500 Millionen Euro sind an neuen Verpflichtungsermächtigungen im Etat eingestellt worden. Diese rund eine Milliarde Euro sollen nach einer Koalitionsvereinbarung für Investitionen in die Straßeninfrastruktur verwendet werden. Der Etat 2012 soll abschließend in der Woche vom 21. bis 25. November beraten werden. mik

Sicher auf allen Wegen

VERKEHR I Experten sehen viele Möglichkeiten, die Risiken auf den Straßen zu mindern

Eigentlich liest sich die Statistik vielversprechend: Die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr sank im vergangenen Jahr mit 3648 auf den niedrigsten Stand seit Einführung der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik – und das vor dem Hintergrund, dass der Bestand und die Fahrleistung von Kraftfahrzeugen in den vergangenen vierzig Jahren um fast das dreifache zugenommen hat. Einen „beeindruckenden Erfolg“ nannte dies Professor Andre Seeck von der Bundesanstalt für Straßenwesen am vergangenen Mittwoch in der öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses, bei der es um drei Anträge (Koalition: 17/5530, SPD: 17/5772, Bündnis 90/Die Grünen: 17/4466) zur Verkehrssicherheit ging.

Gesellschaftliches Anliegen Dennoch bleibt die Verkehrssicherheitsarbeit für Seeck ein zentrales und unverzichtbares gesellschaftliches Anliegen. Denn: Neben täglich durchschnittlich zehn Toten gibt es auf deutschen Straßen jährlich 62.000 Schwerverletzte. Die gesellschaftlichen Kosten bezifferte Walter Eichendorf vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat auf 31 Milliarden Euro pro Jahr. Die hauptsächlichen Unfallursachen sind eindeutig: Nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol (18.000 Verletzte pro Jahr), Risikogruppe Junge Fahrer, Landstraßen (60 Prozent der tödlichen Verkehrsunfälle) und Zweiradfahrer.

Was kann getan werden, um die Situation zu verbessern? Für Professor Gerd-Axel Ahrens (TU Dresden), Mitglied im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesverkehrsminister, ist eine Halbierung der Zahl der durch Straßenverkehrsunfälle getöteten Menschen bis 2020 erreichbar. Dazu müsse es eine klare Zielsetzung und klar definierte Wege zur deren Verwirklichung geben. Um diese Ziele zu erreichen, seien Maßnahmenpakete unter anderem aus den Bereichen Technik, Information bei der Ausbildung, Erziehung, Gesetze zur Überwachung und Ahndung, wirtschaftliche Anreize für den Individualverkehr sowie zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel notwendig.

Dauerhafte Aufgabe Für Kurt Bodewig, Deutsche Verkehrswacht, ist die Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr eine dauerhafte Aufgabe. Von der Verkehrsziehung in Kindertagesstätten und Kindergärten, schulischer Mobilitätsbildung, Fahrausbildung für junge Lenker von Kraftfahrzeugen bis zur Hilfestellung bei verändertem Wahrnehmungsverhalten im höheren Alter müsse das richtige Verhalten im Straßenverkehr immer wieder gelernt und aufgefrischt werden. Dazu würden technische Fortschritte im Fahrzeugbau und wissenschaftliche Erkenntnisse in der Unfallforschung und in der Infrastrukturgestaltung wegweisende Impulse zur Verbesserung der Verkehrssicherheit liefern, betonte Bodewig, der früher Bundesverkehrsminister war.

Daneben versprechen sich die meisten Experten auch durch Tempolimits eine Reduzierung der Unfallverursacher. So sprach sich Ahrens für Tempo 30 in innerstädtischen Bereichen und für 130 Stundenkilometer auf Bundesautobahnen aus. Für den ADAC hingegen ist ein Tempolimit von 130 Stundenkilometer für leichte Nutzfahrzeuge laut schriftlicher Stellungnahme „kein zielführendes Instrument“, um die Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen zu stärken. Unfallursache bei Kleintransporten seien zum Beispiel in erster Linie auf „nicht angepasste Geschwindigkeit“ und „zu geringen Abstand“ zurückzuführen. Ein Tempolimit würde daher keine signifikante Auswirkungen auf Unfallzahlen haben. Der ADAC plädiert deshalb für verschärfte Sanktionen beim Unterschreiten des geforderten Mindestabstandes sowie für eine intensivere Überwachung streckenbezogener Höchstgeschwindigkeiten.

Geringe Akzeptanz Weiter lehnte der ADAC in der Stellungnahme den Vorschlag strikt ab, die Einführung von Tempo 30 als städtische Regelgeschwindigkeit zu prüfen. Aus ihrer Sicht würde eine Regelgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern das abgestufte Instrumentarium zur Verkehrsberuhigung verwässern und damit die Verkehrssicherheit beeinträchtigen. Die Akzeptanz bei den Autofahrern sei zudem gering. Stattdessen forderte der ADAC einen effizienteren Einsatz von Tempo-30-Zonen. Wie alle Experten sieht trotz aller Er-

folge auch Anja Hänel vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) bei der Verkehrssicherheitslage „großen Handlungsbedarf“. So sei in vielen Großstädten die Zahl der Verunglückten in den letzten fünf Jahren gestiegen. Die Angst vor den Folgen des Verkehrs schränke die Lebensqualität und die Bewe-

gungsfreiheit vor allem von Kindern und älteren Menschen stark ein. Sie forderte deshalb eine neue Orientierung der Verkehrssicherheitsarbeit, wie sie in anderen Ländern mit dem ganzheitlichen Verkehrssicherheitskonzept „Vision Zero“ schon vollzogen werde. Michael Klein

Anzeige

UNSER PROGRAMM FÜR DIE ZUKUNFT:

Menschen in Entwicklungsländern Perspektiven bieten.

Ein Kleinkredit für Nähmaschine und Stoff ist Grundlage für eine neue Existenz. Aber wir geben mehr als Kredit. Wir fördern weltweit Reformen, Infrastruktur und Finanzsysteme für ein sozial und ökologisch verträgliches Wachstum – und das seit über 45 Jahren. Mehr Informationen über die KfW Bankengruppe erhalten Sie unter www.kfw.de oder unter

Tel. +49 69 74310 Die Zukunftsförderer **kfw ENTWICKLUNGSBANK**

Mobilität soll bezahlbar bleiben

VERKEHR II Koalitionsfraktionen wollen EU-Weißbuch nachjustieren

Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene für eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität einsetzen. Dies hat der Bundestag am Donnerstag nach einstündiger Debatte beschlossen. Das Plenum nahm dabei auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (17/7679) einen Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/7464) mit dem Titel „Weißbuch Verkehr – Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und bezahlbaren Mobilität“ mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition an.

Für Subsidiarität In dem Antrag fordern die Abgeordneten die Regierung zudem auf, sich für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einzusetzen. Dies gelte besonders für Maßnahmen, die den nicht grenzüberschreitenden oder städtischen Verkehr betreffen würden. Auch solle die Zuständigkeit für die Verkehrsinfrastrukturplanung in Zukunft allein bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Zudem fordern sie von der Regierung unter anderem, sich für den Logistikstandort Deutschland und seine Arbeitsplätze einzusetzen und dabei die Bedürfnisse der global wachstumsorientierten Mobilitätsplanung zu berücksichtigen. Keine Mehrheit fand der Antrag der SPD-Fraktion (17/7177) mit der Forderung, das Weißbuch zu einer Neuausrichtung der integrierten Verkehrspolitik in Deutschland und in der Europäischen Union zu nutzen. Deshalb sollte sich die Regierung „aktiv und gestaltend“ in die Diskussion einbringen und die „fortschrittlichen und klaren Zielformulierungen“ darin unterstützen. Weiter

sollte sie sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verkehrsraums mit konkreten Maßnahmen unterlegt wird. Wie die SPD blieben auch die Grünen mit ihrem Antrag (17/5906), in dem eine Trendwende in der Verkehrspolitik gefordert wurde, erfolglos. Die Wende sei notwendig, um die langfristigen Klimaschutzziele der EU zu erreichen. Weiter soll die Regierung bei den Beratungen des Weißbuchs im EU-Verkehrsausschuss darauf dringen, dass für das Jahr 2020 ein CO₂-Minderungsziel von mindestens 25 Prozent, für 2040 von mindestens 40 Prozent, für 2050

von mindestens 55 Prozent und für 2050 von mindestens 70 Prozent gegenüber 1990 EU-weit beschlossen wird. Veronika Bellmann (CDU/CSU) betonte in der Debatte, dass Europa eine einheitliche Verkehrspolitik brauche. Dabei müsse Ökonomie und Ökologie „mit Augenmaß“ verbunden sein. Auch müsse die Mobilität bezahlbar bleiben. Das Weißbuch habe dafür viele gute Ansätze, müsse aber noch „nachjustiert werden“. So werde in einigen Bereichen massiv in die Souveränität der Kommunen eingegriffen. Dem stimmte Oliver Luksic (FDP) zu. Brüssel soll sich aus der regionalen und lokalen Verkehrsplanung heraushalten. Martin Burkert (SPD) hielt es für richtig, dass die EU einen Plan für die kommenden 40 Jahre vorlege. Viele wichtiger sei jedoch, dass jetzt festgelegt werde, was konkret zu tun sei. Da habe die Koalition die Weichen falsch gestellt, indem sie ausschließlich auf Asphalt setze und nicht auf die Schiene. Ähnlich argumentierte Herbert Behrens (Die Linke). „Wir müssen heute so handeln, dass unsere Kinder noch die Luft zum Atmen haben“, betonte er. Entscheidend sei die Verkehrsvermeidung. Davon sei weder im Weißbuch noch im Koalitionsantrag etwas zu finden. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), wies auf die Abhängigkeit des derzeitigen Verkehrs vom Rohöl hin. Die Infrastruktur müsse jetzt auf weniger CO₂-Verbrauch umgestellt werden. „Deshalb sind wir für die Verkehrsverlagerung auf die Schiene.“ mik



Umweltzonen sind erst der Anfang.



Platz schaffen in den Aktenschränken der Ämter – das wollen Koalition wie Opposition.

Formulare, Formulare

WIRTSCHAFT Koalition legt »stolze Bilanz« beim Bürokratieabbau vor – Opposition vermisst Taten

Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare“, stöhnt Steuerzahlerpräsident Karl Heinz Däke schon seit langem. Und tatsächlich gibt es für Bürger wie Unternehmen reichlich Gelegenheit, Formulare auszufüllen. Anträge zu stellen oder sich gegen falsche Bescheide vom Amt wehren zu müssen. Ganz zu schweigen von der Korrespondenz mit dem Finanzamt. Im Bundesrat gelobten die Fraktion übereinstimmend Besetzung und verwiesen darauf, dass schon einiges erreicht sei.

Arbeiten lassen Am Donnerstag erinnerte Ernst Burgbacher (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, in einer Schwerpunktsdebatte zum Bürokratieabbau an die Wünsche des Mittelstandes an die Politik: „Dann heißt es häufig: Lasst uns arbeiten, gebt uns nicht ständig neue Regelungen, gängelt uns nicht.“ Genau das sei das Markenzeichen der christlich-liberalen Koalition: „Wir geben dem Mittelstand Freiraum, wir entlasten den Mittelstand von Bürokratie, wir lassen die Unternehmer arbeiten und überziehen sie nicht ständig mit neuen staatlichen Vorschriften.“ Laut Burgbacher können beim Bürokratieabbau gute Erfolge vorgewiesen werden. Vor

fünf Jahren noch habe die deutsche Wirtschaft 50 Milliarden Euro an Bürokratielasten zu erfüllen gehabt. „Wir haben das um 10,5 Milliarden Euro zurückgeführt“, stellte Burgbacher erfreut fest. Zwar gehe ein Teil der Abbaumaßnahmen auf die Vorgängerregierung zurück, aber auch diese Regierung habe in den letzten zwei Jahren 4,5 Milliarden Euro Einsparungen beigetragen, und das „ist eine stolze Bilanz, die sich sehen lassen kann“. Der FDP-Politiker verwies auf die

»Wir geben dem Mittelstand Freiraum.«
Ernst Burgbacher (FDP)

Bürokratielastung durch EU-Vorgaben. Im Bundeswirtschaftsministerium sei ein Frühwarnsystem für europäische Regelungen eingerichtet worden: „Dieses Frühwarnsystem wird ermöglichen, dass wir europäische Vorgaben nicht erst dann behandeln, wenn es zu spät ist, sondern dass wir jetzt im Anfangsstadium sehen, was kommt und rechtzeitig reagieren können.“ Dagegen konnte Andrea Wicklein (SPD) „seit zwei Jahren so gut wie keinen Fortschritt“ beim Bürokratieabbau auf europäischer Ebene erkennen. Auch auf nationaler Ebene stagniere die Umsetzung des Regierungsprogramms zum Bürokratieabbau. Es sei fatal, dass die Koalition ihr vorgegebenes Abbauziel nicht erreichen werde. Wicklein

forderte die Festlegung eines konkreten Abbauziels für 2012. Sie kritisierte außerdem die EU-Kommission, die nach wie vor nicht bereit sei, den Bürokratieabbau von einem unabhängigen Gremium bewerten zu lassen. „Wir brauchen einen europäischen Normenkontrollrat, der Regelungsmaßnahmen in der EU schon in der Frühphase auf mögliche Bürokratiekosten kontrolliert.“

Widerspruch Den Vorwürfen der SPD-Fraktion widersprach Kai Wegner (CDU/CSU): „Wir haben einen großen Teil unserer Strecke geschafft.“ Allerdings müsse man aufpassen, „dass wir durch neue Regulierungen nicht noch zusätzlich diesen Weg erschweren“. Neben dem Abbau von Informationspflichten gehe es besonders um den Abbau von Erfüllungspflichten: „Nur so kann die deutsche Wirtschaft die Konjunkturlokomotive in Europa bleiben.“ Der Bürokratieabbau sei zudem ein „wahres Konjunkturprogramm zum Nulltarif“. Diether Dehm (Die Linke) warf der Koalition vor, sonntags vom Mittelstand zu reden, aber werktags „an der Leine der Exportkonzerne“ zu trotten. Man brauche unbürokratischen Einsatz für mehr Binnennachfrage und nicht unbürokratische Hilfe für Großbanken. Bei Kleinunternehmen bis zu neun Beschäftigten würden pro Arbeitnehmer und Jahr 64 Arbeitsstunden und 4.361 Euro für bürokratischen Aufwand fällig. Dehm forderte eine „demokratische Bürokratiekontrolle“, zu der eine Überwachung und Einschränkung von Allgemeinen Geschäfts-

bedingungen gehören müsse. Das diene nicht nur dem Schutz der Verbraucher, sondern auch der 3,6 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der Wirtschaft bildeten. So würden Großkonzerne zum Beispiel der Automobilindustrie wesentliche Produktionsschritte auf mittelständische Betriebe abwälzen und Zulieferer „erpressen“. „Anspruch und Wirklichkeit gehen bei dieser Koalition völlig auseinander“, stellte Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen) fest. Nur auf dem Papier, aber nicht in der

Realität sei der Mittelstand um zehn Milliarden Euro entlastet worden. Ein großer Teil der angekündigten Entlastungsmaßnahmen sei noch nicht einmal umgesetzt worden. „Wir fragen uns auch, wie Sie das bis zum Jahresende noch machen wollen“, fragte Scheel genau wie zuvor schon ihre Kollegin Wicklein von der SPD-Fraktion. Scheel kritisierte zudem, dass kleine Unternehmen eine Bilanz vorlegen müssten, die sie im Schnitt 2.500 Euro koste. Dahinter stecke offenbar die Lobbyarbeit des Steuerberaterverbandes. *Hans-Jürgen Leersch* ■

STICHWORT

BÜROKRATIEABBAU – Koalition und SPD wollen Normenkontrollrat stärken

> Antrag der Koalition In dem an die Ausschüsse überwiesenen Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion (17/7636) wird ein intensiverer Abbau von Bürokratie verlangt. Beide Fraktionen wollen auch einen einheitlichen Einkommensbegriff im Steuer- und Sozialrecht.

> Antrag der SPD In dem ebenfalls überwiesenen Antrag der SPD-Fraktion (17/7610) werden feste Bürokratieabbauziele verlangt. Auch EU-Regelungen sollen vor ihrem Inkrafttreten überprüft werden.

> Normenkontrollrat Koalition und SPD wollen den beim Bundeskanzleramt angesiedelten Normenkontrollrat stärken. Er prüft die bürokratischen Auswirkungen von gesetzgeberischen Maßnahmen vor der Beschlussfassung.



Steuerrabatt für Hotels bleibt

TOURISMUS Rösler hält an umstrittener Regelung zum Abbau des »Investitionsstaus« fest

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) lehnt Forderungen ab, die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Beherbergungsleistungen zurückzunehmen. Rösler sagte am vergangenen Mittwoch im Tourismusausschuss auf Nachfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Änderung an der Gesetzeslage sei nicht geplant. Die Reduzierung habe dazu beigetragen, den „Investitionsstau“ der Hotellerie zu mildern. Die schwarz-gelbe Koalition hatte die Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen zum 1. Januar 2010 von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Sie war dafür von allen Oppositionsfraktionen heftig gescholten worden.

Wachstumsfelder Bei seinem Antrittsbesuch im Tourismusausschuss hob der Minister als Wachstumsfelder den Gesundheits- und den Kinder- und Jugendtourismus hervor. Hier gebe es „echten Spielraum nach oben“. Unterstützung erhielt der Vizekanzler von der FDP-Fraktion. Immer mehr Bürger seien bereit, in ihr eigenes Wohlbefinden im Urlaub zu investieren. Dieses Potenzial gelte es zu erschließen, unterstrichen die Liberalen. Die Unions-Fraktion regte an, von Bundesseite die Vernetzung der Akteure im Gesundheitstourismus voranzutreiben. Rösler sagte hier Anstrengungen seines Hauses zu. Ferner unterstrich die CDU/CSU-Fraktion, es sei unerlässlich, den Breitband-Ausbau zu fördern, um den ländlichen Tourismus zu stärken. Die Gäste erwarteten, auch im Urlaub schnelle Internetverbindungen nutzen zu können.

Die Sozialdemokraten machten sich im Ausschuss unter anderem für eine nachhaltige Förderung des Wassertourismus stark. Hier müsse es in den nächsten vier Monaten „zu erkennbaren Fortschritten kommen“, unterstrich die Fraktion. Zudem sei es notwendig, den verminderten Mehrwertsteuersatz für Flusskreuzfahrten zu erhalten. Eine entsprechende Sonderregelung läuft Ende des Jahres aus. Die Fraktion Die Linke mahnte stärkere Anstrengungen der Bundesregierung für barrierefreies Reisen an. Dies komme zwar prominent in den tourismuspolitischen Leitlinien der Regierung vor, finde im prakti-

schon Handeln aber bislang zu wenig Niederschlag. Andere Länder seien hier viel weiter, erläuterte die Linksfraktion. Auf fraktionsübergreifende Zustimmung stieß die im Bundeshaushalt 2012 vorgesehene Aufstockung der Finanzmittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT). Geplant sei, zusätzliche Fördermittel für die DZT in Höhe von insgesamt zwei Millionen Euro für die Jahre 2012 bis 2015 bereitzustellen, erläuterte Rösler. Der Ausschussvorsitzende Klaus Brähmig (CDU) machte deutlich, dass er sich für das Auslandsmarketing „eine intensivere Aufstockung gewünscht“ habe. *Monika Pilath* ■



Antrittsbesuch im Tourismusausschuss: Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP, links) im Gespräch mit dem Ausschussvorsitzenden Klaus Brähmig (CDU)

FÜNF FRAGEN ZUM: TELEKOMMUNIKATIONSGESETZ



MECHTHILD HEIL (CDU) Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion

Die Änderung des Telekommunikationsgesetzes ist verabschiedet. Sind die oft als Abzocke kritisierte Warteschleifen jetzt kostenlos? Nach einer Übergangszeit von einem Jahr sorgen wir dafür, dass der Verbraucher bei Servicenummern erst dann zahlt, wenn er mit einem Mitarbeiter in Kontakt tritt, der sich seines Problems annimmt. Bereits drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes sind die ersten zwei Minuten bei Servicenummern kostenfrei.

Werden Nutzer von Smartphones, die versehentlich Werbung anklicken und dabei ungewollt ein Abo abschließen, geschützt? Verbleibende Schlupflöcher bei Smartphones, mit denen unseriöse Internetanbieter über das sogenannte Warp-Billing abzocken, haben wir mit dem Telekommunikationsgesetz geschlossen. Der Kunde erhält also die Möglichkeit das Warp-Billing, mit dem Drittanbieter Internetleistungen bei Smartphones abrechnen, sperren zu lassen. Das führt zu effektiver Kos-

tenkontrolle und sicherem Schutz vor Kostenfallen im Internet. Ebenfalls konnten wir durchsetzen, dass Kunden, wenn sie mit dem Handy das Warp-Billing zulassen und dabei in Kostenfallen geraten, einen Widerspruch gegen einzelne Rechnungsposten einlegen können, ohne dass dies zu einer Anschlussperre führt.

Werbeanrufe sind ein großes Ärgernis für Telefonkunden. Ist damit jetzt Schluss? Schon jetzt ist es bei Werbeanrufen verboten, sich mit einer unterdrückten Rufnummer zu melden. Kunden, die unbotmäßige Werbeanrufe identifizieren zu können, um die Chance zu haben, sich zu beschweren, weiten wir aus. Künftig ist es Anrufern nicht erlaubt sich hinter umgeleiteten, nicht rückverfolgbar und damit falschen Rufnummern zu verstecken. Das war bisher oft die Praxis. Verstöße dagegen werden zukünftig mit 100.000 Euro statt wie bisher mit 10.000 Euro geahndet.

Wird es für die Versorgung mit schnellem Internet zu einer Universaldienstverpflichtung kommen? Da das europarechtlich nicht ganz einfach ist, haben wir erst einmal ein ganzes Bündel an Gesetzesverbesserungen im TKG beschlossen, die den Breitbandausbau beschleunigen. So werden künftig alle Infrastrukturen, wie Bundesstraßen, Bahntrassen oder Wasserstraßen zum Verlegen von Glasfasertechnologie genutzt. Unser Ziel ist bis spätestens 2018 in Deutschland flächendeckend eine Bandbreite von 50 Mbit/s zu haben.

Wo ist weiterer Handlungsbedarf im Telekommunikationsbereich? Wir konnten durchsetzen, dass die Pflicht zur Preisanzeige bei Call-by-Call jetzt gesetzlich im TKG festgeschrieben ist. Persönlich hätte ich mir beim Thema Preisanzeige gewünscht, diese auf alle Servicenummern auszudehnen.

Wird es für die Versorgung mit schnellem Internet zu einer Universaldienstverpflichtung kommen? Da das europarechtlich nicht ganz einfach ist, haben wir erst einmal ein ganzes Bündel an Gesetzesverbesserungen im TKG beschlossen, die den Breitbandausbau beschleunigen. So werden künftig alle Infrastrukturen, wie Bundesstraßen, Bahntrassen oder Wasserstraßen zum Verlegen von Glasfasertechnologie genutzt. Unser Ziel ist bis spätestens 2018 in Deutschland flächendeckend eine Bandbreite von 50 Mbit/s zu haben.

Die Fragen stellte Hans-Jürgen Leersch.

KURZ REZENSiert



Ulrich Kienzle
Abschied von 1001 Nacht
Sagas Edition
352 S. 19,90 €

Nach 40 Jahren Chaos, Krieg und Unterdrückung begehren die Menschen in weiten Teilen des Nahen Ostens auf. Plötzlich, scheinbar aus dem Nichts, erwacht ein „Arabischer Frühling“, den nach der jahrzehntelangen Eiszeit mit eingefrorenen Herrschaftsstrukturen niemand mehr zu erhoffen gewagt hat. Auch nicht einer der profiliertesten Nahost-Kenner des deutschen Journalismus: Ulrich Kienzle. Das bekennt er freimütig in seinem jetzt vorgelegten Buch „Abschied von 1001 Nacht“.

Kienzle hat diesen Abschied über Jahrzehnte als Korrespondent in den arabischen Ländern begleitet. Seine Erlebnisse fasst er auch gedruckt so zusammen, wie es sein Publikum am Fernseh-Bildschirm gewohnt war: Er erklärt Zusammenhänge, vermittelt Hintergründe, verdeutlicht Probleme – und trägt damit im besten Sinne des Wortes zur Meinungsbildung bei. Seine Schilderungen wecken Verständnis für die arabische Mentalität. Und sind dabei vergnüglich zu lesen. Vergnüglich? Darf ein Buch, das Krieg, Massenmord und grausamste Verbrechen als Themen nicht ausspart, Vergnügen bei der Lektüre bereiten? Ja, darf es. Jedenfalls dann, wenn die sprachlich gekonnt dargebotenen Schilderungen auf den ersten Blick nichtiger Begebenheiten dazu dienen, das arabische Denken und Fühlen zu erklären. Denn dieses Denken und Fühlen sind Grundlage für despotisches Verhalten, Menschenverachtung und ausgeprägte Bereitschaft zu bewaffneter Auseinandersetzung.

So analysiert Kienzle das arabische Kriegverständnis als einen Kampf, der – entgegen der europäischen Sichtweise – nicht zum Ziel habe, den Gegner zu vernichten. Vielmehr gehe es darum, mit Waffengewalt die jeweiligen Ziele durchzusetzen, im Zweifel auch mit Verbündeten, die in einem anderen Konflikt noch bekämpft worden sind. Es ist das große Verdienst dieses Buches, politische Entwicklungen durch die Beschreibungen gesellschaftlicher Merkmale im Nahen Osten greifbar zu machen. Der „Arabische Frühling“ lässt sich deutlich besser verstehen und einordnen, wenn Ulrich Kienzles Buch gelesen ist.

Jörg Biallas



Michael Lüders
Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt
C. H. Beck
207 S. 19,95 €

Schon Johann Wolfgang von Goethe wusste, dass die Geschichte selbst keinen Standort kennt, wo sie sich sicher beobachten und einschätzen lässt. Nügendwo sind die Dinge derzeit mehr im Fluss als in der arabischen Welt. Trotz aller Ungewissheiten dort bietet gleichwohl das Werk „Tage des Zorns“ von Michael Lüders dem Leser gute Orientierung über das atemberaubende und teils verwirrende Geschehen. In ihm erschöpft sich der langjährige Nahost-Korrespondent nicht in einer Fakten-Darstellung, sondern versucht, die großen Linien der Entwicklungen aufzuzeigen und diese analytisch einzuordnen. In seinem gutteils essayistisch geschriebenen Buch von den Revolutionsanfängen in Tunesien über die dramatischen Geschehnisse am Kairoer Tahrir-Platz bis hin zu aktuellen Entwicklungen in den Golf-Staaten und in Syrien schildert Lüders plastisch die historischen, politischen und sozialen Verhältnisse „vor Ort“. Ohne ihre Kenntnis sind die Revolutionen nicht zu verstehen. So, weshalb die Umwälzungen im stärker mittelständisch geprägten Tunesien oder Ägypten mehr Erfolgsaussichten haben als anderswo. Lüders' Buch ist eine Philippika gegen westliche Arroganz und Fehleinschätzungen über den Orient: Der Westen habe sich „nicht sehr interessiert für die Menschen in der arabisch-islamischen Welt, man war irgendwie der Meinung, dass Islam und Moderne nicht zusammengeht, man hatte Vorurteile, der Araber braucht eben die harte Hand“. Deshalb habe man gerne weggeschaut, wenn autokratische Regime Unruhen niederschlugen – schließlich ging es um geopolitische Interessen, um Israels Sicherheit und sichere Ölzufuhren. Deshalb habe man im Westen nun große Schwierigkeiten, das Geschehen im Maghreb und Nahen Osten zu begreifen und positiv einzuordnen. Daran führe aber kein Weg vorbei, meint Lüders, auch wenn Rückschlüsse möglich seien. Im Zeitalter von Facebook und Co. lasse sich der „Arabische Frühling“ nicht mehr zurückdrehen. In welche Richtung er sich entwickelt – schon haben (gemäßigte) Islamisten die Tunesien-Wahl gewonnen – weiß auch der Autor nicht. Hans Krump



Von oben links nach rechts: Walter Krämer, Kersten Steinke (Linke), Anatol Stefanowitsch, Sabine Weiss (CDU), Sonja Steffen (SPD), Memet Kilic (Grüne), Agnes Alpers (Linke) und Peter Röhlinger (FDP) diskutieren die Festlegung der Landessprache im Grundgesetz.

Die antastbare Sprache

PETITIONSAUSSCHUSS Deutsch in die Verfassung? Die Abgeordnete sehen das mehrheitlich skeptisch

Früher führen die Deutschen in die Waschanlage. Heute heißt es Carwash. Früher half ihnen die Informationsstelle weiter. Heute macht das Servicepoint. Die billigste Kleidung gab es einst im Schlussverkauf. Heute bekommen wir sie beim Sale. Wenn wir einen Kaffee zum Mitnehmen haben wollen, bestellen wir ihn to go. Wir googeln, screenshotten, outsourcen. Wir scannen, managen, chatten. Wir rebooten, brainstormen, chillen. Und verlieren dabei unsere Sprache. So sieht das der Verein Deutsche Sprache (VDS). Dass man im Supermarkt nicht mehr ohne Englisch einkaufen könne, sei jedoch nur das „I-Tüpfelchen“, sagte der Vorsitzende Walter Krämer, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Dortmund vergangene Woche vor dem Petitionsausschuss. In der Wissenschaft dürften Fördergelder teils nicht mehr auf Deutsch beantragt werden, Vorlesungen würden auf Englisch gehalten. Darin zeige sich ein „dramatischer Bedeutungsschwund und Ansehensverlust der deutschen Sprache“, betonte Krämer. Seine Lösung: der kleine Passus „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“. Aufzunehmen in Artikel 22 des Grundgesetzes. Dort wird auch die Hauptstadt und die Farbe der Bundesflagge festgelegt. Mit der Aufnahme des Satzes in die Verfassung solle die Funktion der deutschen Sprache als wichtigstes Verständigungsmittel anerkannt werden, fordert der VDS – und hat mit dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland eine entsprechende Petition mit rund 75.000 Mitzeichnern beim Bundestag eingereicht (siehe auch Seite 12). Der Petitionsausschuss tagte öffentlich darüber. Ebenfalls Gegenstand der Diskussion: eine Petition mit rund 3.000 Mitzeichnern, die sich dafür ausspricht, den gesetzlichen Status der deutschen Sprache unverändert zu lassen. Die Festschreibung des Deutschen als Landessprache sei ein Signal der Abschottung gegen internationale Freunde und Verbündete und in Deutschland leben-

de Menschen mit Migrationshintergrund, heißt es dort. Die Diskussion um die neue deutsche Sprachlosigkeit hat die Öffentlichkeit schon einmal beschäftigt: Vor rund drei Jahren stimmte eine Mehrheit auf dem CDU-Parteitag für die Aufnahme von Deutsch in die Verfassung. Eine umstrittene Entscheidung: Bundeskanzlerin Merkel (CDU) bekundete öffentlich ihren Unwillen. Migrantenverbände äußerten sich skeptisch. Auch die FDP war dagegen. Die Forderung fand dann zwar Eingang in die Koalitionsverhandlungen, nicht aber in den Koalitionsvertrag. »Ein weltoffenes Land« Die Auseinandersetzung im Petitionsausschuss zeigte, dass die Frage auch heute noch auf Skepsis stößt. Zugleich wurde deutlich, dass es um mehr geht als um Anglizismen, die die deutsche Sprache durchsetzen. Es geht um Integration, um die Frage, was ins Grundgesetz gehört und wie man Sprache verstehen kann. Ist Sprache ein – dem Wortsinn nach eher statisches – „Gerüst für bestimmte kulturelle Ausdrucksformen“, wie es in der VDS-Petition heißt? Oder ist sie einem steten Wandel unterworfen, wie Agnes Alpers (Die Linke) betonte? Sprachkultur werde von allen Menschen einer Gesellschaft entwickelt und Deutschland sei eine multikulturelle Gesellschaft, sagte die Bildungspolitikerin vor dem Petitionsausschuss. Zudem wies Alpers darauf hin, dass gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund, die eine gute zweisprachige Erziehung genossen hätten, einen hohen Bildungsstand und gute gesellschaftliche Teilhabe nachweisen könnten. Es sei nicht so, dass Zuwandererfamilien sich weigerten, die deutsche Sprache zu lernen, betonte auch Sonja Steffen (SPD). Sie wies außerdem auf das „rigide Ausländerrecht“ in Deutschland hin, das die halbjährige, erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs verlange. Migranten seien „ein nicht wegzudenkender Teil unseres modernen, weltoffenen Landes“, ergänzte der Hamburger Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch, Haupt-

petent der Contra-Petition. Mit der Aufnahme von Deutsch als Staatssprache ins Grundgesetz werde diesen Menschen gezeigt: „Ihr gehört nicht zu uns.“ „Der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ist lächerlich“, urteilte der Wissenschaftler Krämer. Wäre die Aufnahme der Landessprache in die Verfassung ausländerfeindlich, wären viele Länder ausländerfeindlich. Allein 17 der 27 EU-Staaten hätten ihre Sprache in der Verfassung festgelegt – darunter Frankreich und Österreich. Sogar Liechtenstein habe die deutsche Sprache in der Verfassung. Die Situation in diesen Ländern sei eine andere, widersprach Stefanowitsch. So habe sich Deutschland nie über eine Sprache definiert. Von den 17 genannten Staaten legte zudem sieben mehrere Sprachen in ihrer Verfassung fest. Ob es sein könne, dass Österreich und Liechtenstein das Bedürfnis haben, Deutsch als Amtssprache festzulegen, weil sie Österreich und Liechtenstein heißen und eben nicht Deutschland, wollte der integrationspolitische Sprecher der Grünen, Memet Kilic, wissen. Hierzulande legten sowohl das Gerichtsverfassungsgesetz als auch das Verwaltungsverfahrensgesetz Deutsch als Amtssprache fest, betonte er. Aus seiner Sicht müsse das reichen. **Abschreckende Wirkung** Ähnlich deutlich äußerte sich Peter Röhlinger, petitionspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Er wies auf die zunehmende Internationalisierung von Wissenschaft und Wirtschaft hin. Unter Umständen könne es auf Fachkräfte abschreckend wirken, wenn sie zunächst Deutsch lernen müssten. Unentschlossen zeigte sich die Union: In ihrer Fraktion gebe es noch keine „einheitliche Meinung“ zu diesem Thema, sagte Sabine Weiss (CDU). Sie fragte, wie eine Grundgesetzänderung konkret den Bedeutungsschwund der deutschen Sprache aufhalten oder aber den Minderheitenschutz gefährden könne. Zudem wollte sie wissen, ob bei den 17 Staaten die Bildungs- und Integrationspolitik von der Aufnahme der Sprache in die Verfassung profitiere. Tatjana Heid

Im Namen der Opfer

NS-»EUTHANASIE« Gedenkfort wird aufgewertet

Der nationalsozialistische Rassenwahn gipfelte in der NS-Zeit in der radikalen Rassenhygiene. Zwangssterilisationen, Zwangsabtreibungen und Vernichtung „Lebensunwerten Lebens“ wurden mit letzter Konsequenz betrieben. „Lebensunwert“ war in der Ideologie der Nationalsozialisten jeder Mensch – egal welchen Alters – mit schwerer körperlicher oder geistiger Behinderung. Sogar Kinder fielen den NS-„Euthanasie“-Morden zum Opfer. Die industrialisierte Vernichtung der Juden fand ihr perfides Pendant in der organisierten Vernichtung des „lebensunwerten Lebens“. Die Berliner Tiergartenstraße 4 beherbergte damals die zentrale Dienst- und Verwaltungsstelle zur Planung und Durchführung der Ermordung Zehntausender behinderter Menschen. Die Adresse war Namensgeber für die sogenannte „Aktion T4“. Sie kostete von Januar 1940 bis August 1941 mehr als 70.000 Psychiatriepatienten das Leben.

Re 4 auf das organisierte Grauen, das hier vor rund 60 Jahren geplant wurde: eine Gedenktafel und ein kleines Denkmal. In der Debatte herrschte Konsens darüber, nicht nur den Gedenkfort in der Tiergartenstraße selbst aufzuwerten, sondern auch ein Dokumentationszentrum zu schaffen, beispielsweise integriert in die nahegelegene Stiftung „Topographie des Terrors“. Deshalb wurde die Aufwertung des Gedenkens vom Bundestag mehrheitlich beschlossen. Einzig die Linksfraction enthielt sich bei der Abstimmung. Sie fordert ein Dokumentationszentrum direkt in der Tiergartenstraße 4. Dass unter vier der fünf Fraktionen Einigkeit herrschte, zeigte für den CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz, „dass sich das Parlament in diesem wichtigen Punkt seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist“.

Verena Renneberg

Wider das Vergessen Dass diese Opfer des nationalsozialistischen Regimes nicht in Vergessenheit geraten dürfen, darüber besteht interfraktionelle Einigkeit. Deshalb debattierte der Bundestag vergangenen Donnerstag im Plenum über ein adäquates Gedenken. „Die Opfer sind zu würdigen“, hob Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) in der Debatte hervor. Seine Fraktion hatte gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Grünen einen Antrag (17/5493) zur Aufwertung des Gedenkortes „T4“ eingebracht. Bislang gibt es nur wenige Hinweise in der Tiergartenstra-



Gedenktafel für „T4“-Opfer in Berlin

Zukunft des Filmerbes

ARCHIVIERUNG Die Chancen und Risiken digitaler Technik

Braucht Deutschland ein Filmerbe-gesetz, das festlegt, welcher Film der Nachwelt erhalten bleiben soll? Diese und ähnliche Fragen hat der Kultur- und Medienausschuss vergangenen Mittwoch diskutiert. Der Regisseur Hans W. Geißendörfer und sechs weitere Experten waren geladen, um Fachfragen zum Thema „Filmerbe – Archivierung und Digitalisierung“ zu beantworten. Die Digitalisierung im audiovisuellen Bereich beschäftigt die Kultur- und Medienpolitiker schon seit geraumer Zeit. Sie wollen das deutsche Filmerbe einem möglichst breiten Publikum dauerhaft zugänglich machen und dabei die Interessen der Filmbranche, der Rechteinhaber und -verwerter, der Filmförderinstitutionen, Archive und Stiftungen berücksichtigen. Der Ausschuss diskutierte mit den Experten die Möglichkeiten, wie der Bund die Sicherung, den Erhalt und die Zugänglichmachung des Filmerbes mit modernen technischen Verfahren bewerkstelligen kann.

kaputt zu gehen, wenn sie nicht digitalisiert werden“, warnte er. Eberhard Junkersdorf von der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung ergänzte, dass viele alte Filme beispielsweise aus den 1920er-Jahren noch nicht einmal restauriert worden seien. Die Kosten für die Restaurierung würden bei etwa 750.000 Euro pro Film liegen.

Risiken digitaler Technik Auch Filme aus neueren Zeiten seien bedroht, erklärte Jan Fröhlich, Experte für Nachbearbeitung. Es gebe neue Filme, von denen kein Negativ existiere, sondern nur digitale Kopien. „Solche Filme sind schon komplett verlorengegangen. Ich kenne kein Speichermedium, dem ich meine Daten länger als zehn Jahre anvertrauen würde. Das heißt, man muss alle sieben, acht Jahre umkopieren. Ein herkömmlicher Negativfilm bietet eine ganz andere physikalische Sicherheit“, sagte er. Margarete Evers von der Allianz Deutscher Produzenten geht davon aus, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ARD und ZDF, die teils eigene Filme produzieren und an Kinoproduktionen beteiligt sind, ihr Material selbst archivieren. „Aber ob das zur Bewahrung des Filmerbes ausreicht, das kann ich nicht beurteilen.“ Auf die Frage einer Abgeordneten, inwiefern unklare Rechtslagen die Digitalisierung behindern könnten, antwortete Paul Klimpel, Verwaltungsdirektor der Stiftung Deutsche Kinemathek, dass die Rechtlage in der Tat nicht immer eindeutig sei. Vor allem bei älteren Filmen könnte es zu Problemen kommen, beispielsweise bei der Ermittlung von Rechteinhabern.

Verena Renneberg

Auswahl des Filmerbes „Wenn das Filmerbe digitalisiert wird, muss eine Auswahl getroffen werden“, schon allein aus Kostengründen, erklärte Rainer Rother, künstlerischer Direktor der Stiftung Deutsche Kinemathek. Es müssten allgemein gültige Kriterien festgelegt werden, denn es wäre falsch, „die tausend Bekanntesten zu nehmen, die jeder kennt und die bereits auf DVD erschienen sind“. Rother warf die Frage auf, ob es eines Filmerbe-Gesetzes bedürfe. „Alles ist Kultur“, betonte Regisseur Geißendörfer. „Manche Filme laufen Gefahr,

Anzeige

STIFTUNG PRESSE-GROSSO



Informationsfreiheit und Pressevertrieb in Europa
Zur Funktionsleistung des Grosso-Systems in ausgewählten Staaten der Europäischen Union

Von Prof. Dr. Michael Haller

3. Auflage 2011, Band 3, ca. 300 S., brosch., ca. 44,- €
ISBN 978-3-8329-7140-3
Erscheint ca. Dezember 2011

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14285



AUFGEKEHRT

Die Crux mit der Sprache

Kommunikation ist vielfältig. Manchmal sagt der Augenschlag beim Anzünden einer Zigarette mehr als Tausend Worte. Oder das Stirnrunzeln des Chefs. Oder das Gestikulieren eines italienischen Touristen bei dem Versuch, durch den Frankfurter Flughafen zu finden. Und manchmal wechselt man der Einfachheit halber sogar die Sprache: Es ist leichter, von einem CD-Player zu sprechen als vom „Kompakt-Scheiben-Abspielgerät“. Allerdings machen es sich die Deutschen zu oft zu leicht, finden 75.000 Sprachliebhaber und haben dem Bundestag eine Petition vorgelegt, in der sie die Aufnahme von Deutsch in die Verfassung fordern (siehe Seite 11). Auch die US-Regierung musste sich jüngst mit einer kommunikationstechnisch hochbrisanten Petition befassen. 5.000 Amerikaner wollten wissen, welche Kenntnisse ihre Regierung über außerirdische Wesen hat. Seitdem weiß die Welt aus offizieller Quelle, dass Obama tatsächlich noch nie Kontakt zu Außerirdischen hatte. Das Brisante dabei: Vielleicht hatte er bereits Kontakt, weiß es aber nicht, weil sich die Außerirdischen der falschen Sprache bedient haben. Nach Erfahrungen mit uns bekannten (Hollywood-)Außerirdischen wissen wir: Sie neigen dazu, sich kryptisch auszudrücken. Nun hat E.T. wenigstens eine Ausrede für sein Gestammel: „E.T. nach Hause telefonieren“. Er war jung, allein und verängstigt. Anders dagegen Jedi-Meister Yoda. Der ist 900 Jahre alt geworden und hat noch auf dem Totenbett nicht richtig sprechen können. So weise er gewesen sein mag: „In ständiger Bewegung die Zukunft ist“, ist kein richtiger Satz. Star-Wars-Fans mutmaßen übrigens, dass der sprachliche Totalausfall nicht auf Yodas Spezies zurückgeht, da ein anderer Vertreter diesen Fehler nicht hat. Ergo, Yoda wollte nicht lernen. Hier bietet sich die nächste Petition an: Integrationskurse für Außerirdische. Die Landessprache sie lernen gefälligst sollen. *Tatjana Heid*

VOR 60 JAHREN ...

Zurück zur Souveränität

22. November 1951: Pariser Konferenz „Herzliche Grüße von einem wichtigen Tage. Vater.“ Diese Worte aus der Feder Konrad Adenauers stehen auf einer Ansichtskarte aus Paris an seinen Sohn. Datiert ist sie auf den 22. November 1951. An diesem „wichtigen Tage“ traf sich der Kanzler, in Personalunion Außenminister, mit den Außenministern der drei Westalliierten in der französischen Hauptstadt. Auf der Agenda stand die Zukunft der jungen Bundesrepublik: Der Entwurf des Grundlagenvorgabens – besser



Von links: Dean Acheson, Adenauer, Robert Schuman, Anthony Eden in Paris

bekannt als Deutschlandvertrag – wurde verabschiedet. Später beschrieb US-Außenminister Dean Acheson das Treffen in seinen Memoiren als einen „Meilenstein in den deutsch-alliierten Beziehungen“. Erstmals wurde Adenauer damals als gleichberechtigter Partner behandelt. Der Vertrag war für die Bundesrepublik ein weiterer Schritt zurück zu einem unabhängigen Staat. Unter anderem einige man sich, das seit 1949 geltende Besatzungsstatut zu beenden. Außerdem sprach man der Bundesrepublik wieder Souveränität zu, die nur durch die offene deutsche Frage eingeschränkt war. 1952 wurde der Grundlagenvorgabens unterzeichnet. Seine Ratifizierung durch den Bundestag gestaltete sich jedoch schwierig, da er an den EVG-Vertrag, der den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit deutscher Beteiligung regeln sollte, gekoppelt war. Die SPD war aber gegen eine Wiederbewaffnung. Zwar pasierten 1953 beide Verträge das Parlament, die EVG kam jedoch wegen des Neins Frankreichs nicht zustande, womit auch der Deutschlandvertrag zunächst gescheitert war. 1955 trat er doch noch, als Teil der Pariser Verträge und leicht verändert, in Kraft. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: IM MAUER-MAHNMAL DES BUNDESTAGES



Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) stellt im Mauer-Mahnmal das Gedenkbuch für die Mauertoten vor. In der ersten Reihe: Karin Gueffroy (l.), Mutter des Maueropecters Chris Gueffroy, und Ursula Mörs (2. v. l.), Lehrerin von Jörg Hartmann, der 1966 im Alter von zehn Jahren an der Mauer erschossen wurde.

»Den Opfern ein Gesicht geben«

Jörg Hartmann ist ein schmaler Junge mit blonden Haaren und blauen Augen. Er ist schüchtern und wenn die Lehrerin ihn lobt, freut er sich. Jörgs Mutter lebt in der Psychiatrie, er wächst bei seiner Großmutter auf. Die Wohnung ist dunkel, Erdgeschoss in einem Berliner Hinterhaus. Chris Gueffroy wollte Pilot werden, arbeitet aber als Kellner. Er ist sportlich, ein fröhlicher 20-Jähriger. Zwei unterschiedliche Menschen, zwei unterschiedliche Leben und ein Schicksal: Beide werden bei ihrem Fluchtversuch über die Berliner Mauer als Republikflüchtlinge ermordet. Jörg Hartmann war zehn Jahre alt, als er am 14. März 1966 nahe der Kleingartenkolonie „Sorgenfrei“ an der Sektorengrenze zwischen Berlin-Treptow und Berlin-Neukölln erschossen wurde. Er wollte zu seinem Vater nach West-Berlin. Chris Gueffroy wurde am 5. Februar 1989 im gleichen Abschnitt der Grenze erschossen. Die beiden sind zwei von mindestens 136 Menschen, die zwischen 1961 und 1989 an der Mauer umgekommen sind. Zwei von denen, an die das „Gedenkbuch für die Op-

fer der Berliner Mauer“ erinnert. Vergangenen Mittwoch – am 9. November, dem Tag, an dem vor 22 Jahren die Mauer fiel – stellte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) das Buch vor, das fortan im Mauer-Mahnmal im Elisabeth-Lüders-Haus ausliegen wird. „Wir wollen den Opfern ein Gesicht geben“, sagte Thierse. Bei den 136 Menschen handelt es sich um DDR-Flüchtlinge und Menschen, die ohne Fluchtabsicht im Grenzgebiet ums Leben kamen. Auch acht im Dienst getötete Grenzsoldaten werden genannt. Die historische Aufklärung bleibe notwendig, betonte Thierse. Denn Betroffenheit, die bloß ratlos mache, und Wissen, das folgenlos bleibe, seien wirkungslos. Anschließend erzählten die Mutter von Chris Gueffroy, Karin Gueffroy, und die Lehrerin von Jörg Hartmann, Ursula Mörs, von den beiden Menschen, die so sinnlos starben. Sie berichteten, wie sie von ihrem Tod erfahren haben, wie das SED-Regime versuchte, die wahre Todesursache zu verschleiern, von der Zeit danach. Beide Frauen gingen in den Westen: Karin Gueffroy mit Erlaubnis der Behörden, die

Urne ihres Sohnes blieb als Pfand in Ost-Berlin. Ursula Mörs flüchtete in einem Wohnwagen über Bulgarien. Unter den Zuschauern im Mahmal waren auch Angehörige von weiteren Mauertoten: zum Beispiel Heiko Kliem. Sein Vater wurde 1970 erschossen – weil er sich mit dem Motorrad verfahren hatte und plötzlich im Grenzgebiet war. Er wendete und fuhr zurück. Der Torwächter schoss ihm in den Rücken. Heiko Kliem war damals ein Jahr alt. Das Mauer-Mahnmal, das Gedenkbuch – es war eine bedrückende Veranstaltung für ihn. Lange stand er an der Spree und rauchte. „Die Mauer hat viele Leben zerstört“, sagte Hans-Hermann Hertle vom Zentrum für zeithistorische Forschung, das zusammen mit der Stiftung Berliner Mauer für das Gedenkbuch verantwortlich ist. Den Auftrag hat der Kunstbeirat des Bundestages gegeben. Das Mauer-Mahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus ist dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Auf der Internetseite des Bundestages kann man außerdem einen virtuellen Rundgang unternehmen. *Tatjana Heid*

LESERPOST

Zur Ausgabe 44/45 vom 31.10.2011, „Breite Kritik am Linke-Parteiprogramm“, Seite 4

In der aktuellen Stunde musste ich anhören, wie die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP die Keule des Antikommunismus schwengen. Selbst Marx und Engels wurden als Zeugen benannt, um dem Kommunismus ein Antlitz zu verleihen. Ich fürchte, dass der Antikommunismus neue Blütenräume bei denen weckt, die um ihre Macht im Staat fürchten und auch das Parlament durch solche Diskussionen missbrauchen. Begreifen sie nicht, dass die Geschichte bewiesen hat, dass der Marxismus durch Lenin zerstört und von Stalin so zugrunde gerichtet wurde, dass selbst der letzte Parteichef Gorbatschow im Glauben an die kommunistische Gesellschaft scheiterte wie Honecker in der DDR?

Alfred Peim, Flensburg

Ihr Artikel zur Diskussion über das Parteiprogramm der Linken ist etwas verzerrt. Dies war ein Kindergarten-theater der Koalitionsfraktionen.

Titus Schüller

Zur Ausgabe 43 vom 24.10.2011, „Vier Präsidenten und eine musikalische Zeitreise“, Seite 8

Ich frage mich, ob der Bundespräsident in seiner Rede tatsächlich von „supranationalen“ Gremien sprach und wenn dem so ist, was damit gemeint sein soll. Falls aber die Rede von „supranationalen“ Gremien war, verstehe ich erst recht nicht, wie Sie eine derartige Anmerkung kritik- und kommentarlos zitieren können. Immerhin war unter anderem der Präsident des Europäischen Parlaments bei der Veranstaltung anwesend, das durchaus als supranationales Gremium

gelten kann und den Bürgern Europas verschiedene Möglichkeiten zur Mitgestaltung gibt. Darüber hinaus sind die supranationalen Gremien 1950 geschaffen worden, um das Problem konkurrierender Nationalstaaten, das in Europa immer wieder zu Krieg führte, einzudämmen. Das Problem sind weniger die Entscheidungen vermeintlich bürgerferner europäischer Institutionen als die Tatsache, dass viele Nationalstaaten, so auch Deutschland, die Verträge als Kannbestimmungen betrachten und entsprechend handeln. Die Aussage Christian Wulffs als Benennung von Krisensymptomen des Parlamentarismus zu bewerten, ist insofern sachlich nicht nachvollziehbar. Der ganze Artikel klingt ein bißchen nach Hofberichterstattung und entspricht nicht

so ganz dem, was man in Ihrer sonst lobenswerten Zeitung zu lesen bekommt.

Andrea-Ilona Debes, Hamburg

Anmerkung der Redaktion: Laut Präsidialamt sagte Christian Wulff: „Ein solcher – ich befürchte – fataler Eindruck entsteht auch, wenn Entscheidungen binnen kürzester Frist durch das Parlament gebracht werden. Demokratische Prozesse, in denen nur die Resultate von Entscheidungsverfahren abgestimmt werden, die anderswo – in Fachbruderschaften, Expertengremien, Arbeitskreisen, supranationalen oder multilateralen Gremien – abgelaufen sind, müssen jedenfalls solche Bürger und Bürgerinnen ernüchtern, die aktiv über ihre gewählten Parlamentarier mitgestalten wollen.“ Inso-

fern wurde Wulff falsch zitiert. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Zur Ausgabe 43 vom 24.10.2011, „Wird die Ukraine zu einem zweiten Weißrussland?“, Seite 12

Wir begrüßen einen offenen Dialog über die Zukunft der Ukraine und der EU, besonders in der Zeitung des Deutschen Bundestages. Aber wir müssen uns dabei nicht nur von Emotionen, sondern auch von Tatsachen leiten lassen. Der Prozess der europäischen Integration der Ukraine geht weiter. Am 20. Oktober wurden die Verhandlungen über die Freihandelszone abgeschlossen und in der darauffolgenden Woche fanden die abschließenden Verhandlungen über den politischen Teil des Assoziierungsabkommens statt. Der Besuch des Präsidenten Janukowitsch in Brüssel wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Was aber Julia Timoschenko betrifft, sollte man nicht übersehen, dass sie nicht nur eine „Ikone“ der Orangen Revolution, sondern auch ein Symbol ihrer Niederlage, des Mangels an wirklichen Reformen, der wuchernden politischen Anarchie ist. Daher sollte Europa realitätsbezogen entscheiden, inwieweit es sinnvoll ist, die Zukunft eines großen Landes, das Europa viel zu bieten hat, von einem einzelnen Gerichtsurteil abhängig zu machen. Ein realer Weg, die Entwicklung der Ukraine im Einklang mit demokratischen Standards zu gewährleisten, wäre das Assoziierungsabkommen mit der EU, dessen Abschluss man fördern und nicht aussetzen müsste.

Natalia Zarudna, Botschafterin der Ukraine in Berlin

SEITENBLICKE



So, da bin ich. Jetzt aber HUSCH-HUSCH bei der Prüfung, wir haben schon viel Zeit verloren.

PERSONALIA

> Uwe-Jens Heuer † Bundestagsabgeordneter 1990-1998, PDS

Uwe-Jens Heuer starb am 22. Oktober im Alter von 84 Jahren. Der promovierte Jurist und Professor für Rechtswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität trat 1948 der SED bei und wurde 1989 PDS-Mitglied. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Heuer engagierte sich im Rechtsausschuss des Bundestages. Von 1992 bis 1994 war er Mitglied und Obmann seiner Partei in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat.

> Albrecht Feibel † Bundestagsabgeordneter 1999-2005, CDU

Am 30. Oktober starb Albrecht Feibel mit 71 Jahren. Der Reiseverkehrskaufmann und Unternehmer aus dem Saarland trat 1963 der CDU bei und engagierte sich mehr als 30 Jahre kommunalpolitisch in Ormesheim beziehungsweise in Mandelbachtal. Von 1982 bis 1992 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Saar und gehörte von 1990 bis 1999 dem saarländischen Landtag an. Feibel, der 1999 in den Bundestag nachrückte, arbeitete im Haushaltsausschuss mit.

> Benno Erhard † Bundestagsabgeordneter 1965-1987, CDU

Am 1. November starb Benno Erhard im Alter von 88 Jahren. Der aus Bad Schwalbach stammende Rechtsanwalt und Notar trat 1947 der CDU bei und gehörte von 1954 bis 1965 dem Hessischen Landtag an. Erhard, viele Jahre im Rechtsausschuss engagiert und von 1978 bis 1983 rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, amtierte von 1983 bis 1987 als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium.

> Alfred Biehle Bundestagsabgeordneter 1969-1990, CSU

Alfred Biehle vollendet am 15. November sein 85. Lebensjahr. Der Redakteur aus Karlstadt trat 1950 der CSU bei. Von 1956 bis 1972 gehörte er dem Kreistag des Main-Spessart-Kreises an und von 1955 bis 1970 stand er an der Spitze des CSU-Kreisverbandes Karlstadt. Biehle amtierte von 1982 bis 1990 als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und von 1990 bis 1995 als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Der Direktkandidat des Wahlkreises Main-Spessart hat sich auch als Vorsitzender verschiedener Untersuchungsausschüsse einen Namen gemacht.

> Horst Gobrecht Bundestagsabgeordneter 1976-1984, SPD

Am 19. November wird Horst Gobrecht 75 Jahre alt. Der Steuerberater aus Hamburg trat 1959 in die SPD ein, war von 1974 bis 1978 sowie von 1984 bis 1991 Mitglied des Landesvorstands seiner Partei und wirkte von 1986 bis 1993 in der Bürgerschaft mit. Von 1984 bis 1987 amtierte er als Finanzsenator und von 1988 bis 1991 als Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie als Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund. Gobrecht war von 1979 bis 1984 finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und arbeitete in allen Wahlperioden im Finanzausschuss mit.

> Freimut Duve Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Am 26. November vollendet Freimut Duve sein 75. Lebensjahr. Der aus Hamburg stammende Publizist und langjährige Verlagslektor wurde 1966 SPD-Mitglied und gehörte von 1974 bis 1989 dem Hamburger Landesvorstand seiner Partei an. Duve, Medienfachmann, langjähriger kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und von 1975 bis 1980 Mitglied des NDR-Rundfunkrats, war von 1998 bis 2004 OSZE-Beauftragter für die Freiheit der Medien in Wien. Im Bundestag engagierte sich Duve zuletzt im Auswärtigen Ausschuss. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 28. November.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 21.-25.11.2011
Haushaltsjahr 2012 (Di-Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream